
2004 **Ausgegeben zu Bonn am 18. März 2004** **Nr. 7**

Tag	Inhalt	Seite
12. 3. 2004	Gesetz zu dem Vertrag vom 18. Oktober 2001 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Bosnien und Herzegowina über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen GESTA: XE004	314
12. 3. 2004	Gesetz zu dem Vertrag vom 6. August 2001 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Marokko über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen GESTA: XE005	333
12. 3. 2004	Gesetz zu dem Vertrag vom 6. März 2002 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mosambik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen GESTA: XE006	341
30. 1. 2004	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal	349
30. 1. 2004	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung	350
30. 1. 2004	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens zum Schutz der Ozonschicht	351
30. 1. 2004	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens zum Schutz des archäologischen Erbes	351
3. 2. 2004	Bekanntmachung des deutsch-jemenitischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	352
5. 2. 2004	Bekanntmachung zu dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes	354
5. 2. 2004	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst	355
5. 2. 2004	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zollabkommens über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge	355
9. 2. 2004	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zweiten Fakultativprotokolls zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe	356
9. 2. 2004	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Gemeinschaftsproduktion von Kinofilmen	356
9. 2. 2004	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Chemiewaffenübereinkommens	357
10. 2. 2004	Bekanntmachung des deutsch-tadschikischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit . . .	357
10. 2. 2004	Bekanntmachung von Änderungen der Statuten der „Eurofima“ Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial	360
10. 2. 2004	Bekanntmachung des deutsch-ägyptischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit 2003	361
11. 2. 2004	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen	364
11. 2. 2004	Bekanntmachung des deutsch-mosambikanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	364
12. 2. 2004	Bekanntmachung über das Außerkrafttreten des deutsch-polnischen Abkommens über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit	366
16. 2. 2004	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den physischen Schutz von Kernmaterial	367
16. 2. 2004	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens gegen Doping	367
17. 2. 2004	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die an Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte teilnehmenden Personen	368

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 18. Oktober 2001
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und Bosnien und Herzegowina
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Vom 12. März 2004

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Berlin am 18. Oktober 2001 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Bosnien und Herzegowina über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 12. März 2004

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Arbeit
Wolfgang Clement

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und Bosnien und Herzegowina
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Treaty
between the Federal Republic of Germany
and Bosnia and Herzegovina
concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments

Die Bundesrepublik Deutschland
und
Bosnien und Herzegowina –

The Federal Republic of Germany
and
Bosnia and Herzegovina –

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

desiring to intensify economic co-operation between both States,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Investoren des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

intending to create favourable conditions for investments by investors of either State in the territory of the other State,

in der Erkenntnis, dass eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand der Bevölkerung beider Staaten zu mehren –

recognizing that the encouragement and contractual protection of such investments are apt to stimulate private business initiative and to increase the prosperity of the people of both States –

haben Folgendes vereinbart:

have agreed as follows:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfasst der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;

eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, lässt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;

Article 1

Definitions

For the purposes of this Treaty

1. the term “investments” comprises every kind of asset, in particular:
 - (a) movable and immovable property as well as any other rights in rem, such as mortgages, liens and pledges;
 - (b) shares of companies and other kinds of interest in companies;
 - (c) claims to money which has been used to create an economic value or claims to any performance having an economic value;
 - (d) intellectual property rights, in particular copyrights, patents, utility-model patents, industrial designs, trademarks, trade-names, trade and business secrets, technical processes, know-how, and good will;
 - (e) business concessions under public law, including concessions to search for, extract and exploit natural resources;

any alteration of the form in which assets are invested shall not affect their classification as investment;

2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Investor“
- a) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
- Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
 - jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,
- b) in Bezug auf Bosnien und Herzegowina:
- natürliche Personen, die in Übereinstimmung mit den Gesetzen von Bosnien und Herzegowina dessen Staatsangehörige sind und die in Bosnien und Herzegowina ihren ständigen Wohnsitz oder ihren Hauptgeschäftsort haben,
 - juristische Personen, gegründet in Übereinstimmung mit den Gesetzen von Bosnien und Herzegowina, deren Sitz oder zentrale Verwaltung sich im Hoheitsgebiet von Bosnien und Herzegowina befindet;
4. bezeichnet der Begriff „Hoheitsgebiet“
- a) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
- ihr Hoheitsgebiet sowie die Gebiete der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht die Ausübung souveräner Rechte oder Hoheitsbefugnisse in diesen Gebieten erlaubt,
- b) in Bezug auf Bosnien und Herzegowina:
- das gesamte Festland, das Küstenmeer und den Festlandsockel, den Untergrund und den Luftraum einschließlich jeder Meereszone, in denen Bosnien und Herzegowina nach seinen Gesetzen in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht souveräne Rechte oder Hoheitsbefugnisse ausübt.
2. the term “returns” means the amounts yielded by an investment for a definite period, such as profit, dividends, interest, royalties or fees;
3. the term “investor” means
- (a) in respect of the Federal Republic of Germany:
- Germans within the meaning of the Basic Law for the Federal Republic of Germany,
 - any juridical person as well as any commercial or other company or association with or without legal personality having its seat in the territory of the Federal Republic of Germany, irrespective of whether or not its activities are directed at profit,
- (b) in respect of Bosnia and Herzegovina:
- natural persons holding the nationality of Bosnia and Herzegovina in accordance with the laws of Bosnia and Herzegovina and having their permanent residence or main place of business in Bosnia and Herzegovina,
 - juridical persons established in accordance with the laws of Bosnia and Herzegovina and having their seat or central administration in the territory of Bosnia and Herzegovina;
4. the term “territory” means
- (a) in respect of the Federal Republic of Germany:
- its territory and the areas of the exclusive economic zone and the continental shelf insofar as international law permits to exercise sovereign rights or jurisdiction in these areas,
- (b) in respect of Bosnia and Herzegovina:
- the continental territory as a whole, the territorial sea and the continental shelf, the subsoil and the airspace including all maritime zones within which Bosnia and Herzegovina exercises sovereign rights or jurisdiction under its laws in conformity with international law.

Artikel 2

Förderung und Schutz von Kapitalanlagen

(1) Jeder Vertragsstaat wird in seinem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Investoren des anderen Vertragsstaats nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit seinen Rechtsvorschriften zulassen.

(2) Jeder Vertragsstaat wird in seinem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Investoren des anderen Vertragsstaats in jedem Fall gerecht und billig behandeln und ihnen den vollen Schutz dieses Vertrags gewähren.

(3) Ein Vertragsstaat wird die Verwaltung, die Erhaltung, den Gebrauch und die Nutzung der Kapitalanlagen von Investoren des anderen Vertragsstaats oder die Verfügung darüber in seinem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

(4) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

Artikel 3

Inländerbehandlung und Meistbegünstigung

(1) Jeder Vertragsstaat behandelt Kapitalanlagen in seinem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter der Kontrolle von Investoren des anderen Vertragsstaats stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten, je nachdem, welche Behandlung für die jeweilige Kapitalanlage günstiger ist.

Article 2

Encouragement and Protection of Investments

(1) Each Contracting State shall in its territory promote as far as possible investments by investors of the other Contracting State and admit such investments in accordance with its legislation.

(2) Each Contracting State shall in its territory in any case accord investments by investors of the other Contracting State fair and equitable treatment as well as full protection under this Treaty.

(3) Neither Contracting State shall in any way impair by arbitrary or discriminatory measures the management, maintenance, use, enjoyment or disposal of investments in its territory of investors of the other Contracting State.

(4) Returns from the investment and, in the event of their reinvestment, the returns therefrom shall enjoy the same protection as the investment.

Article 3

National Treatment and Most-Favoured-Nation Treatment

(1) Neither Contracting State shall subject investments in its territory owned or controlled by investors of the other Contracting State to treatment less favourable than it accords to investments of its own investors or investors of any third State, whichever is more favourable for the investment concerned.

(2) Jeder Vertragsstaat behandelt Investoren des anderen Vertragsstaats hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit den in Absatz 1 genannten Kapitalanlagen nicht weniger günstig als seine eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten, je nachdem, welche Behandlung für den Investor günstiger ist.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die ein Vertragsstaat den Investoren dritter Staaten wegen seiner Mitgliedschaft in oder seiner Assoziierung mit einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die ein Vertragsstaat den Investoren dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

Schutz von Kapitalanlagen und Enteignungsentschädigung

(1) Kapitalanlagen von Investoren eines Vertragsstaats genießen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Investoren eines Vertragsstaats dürfen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung direkt oder indirekt enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muss dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muss unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muss effektiv verfügbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muss in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme, die entsprechenden Verfahren und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Investoren eines Vertragsstaats, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von diesem Vertragsstaat hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als seine eigenen Investoren. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Investoren eines Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats Meistbegünstigung.

Artikel 5

Transfer

Jeder Vertragsstaat gewährleistet den Investoren des anderen Vertragsstaats den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses aus der vollständigen oder teilweisen Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

(2) Neither Contracting State shall subject investors of the other Contracting State, as regards their activity in connection with investments mentioned in paragraph (1) of this Article, to treatment less favourable than it accords to its own investors or to investors of any third State, whichever is more favourable for the investor.

(3) Such treatment shall not relate to privileges which either Contracting State accords to investors of third States on account of its membership of, or association with, a customs or economic union, a common market or a free trade area.

(4) The treatment granted under this Article shall not relate to advantages which either Contracting State accords to investors of third States by virtue of a double taxation agreement or other agreements regarding matters of taxation.

Article 4

Protection of Investments and Compensation for Expropriation

(1) Investments by investors of either Contracting State shall enjoy full protection and security in the territory of the other Contracting State.

(2) Investments by investors of either Contracting State shall not be directly or indirectly expropriated, nationalized or subjected to any other measure the effects of which would be tantamount to expropriation or nationalization in the territory of the other Contracting State except for the public benefit and against compensation. Such compensation shall be equivalent to the value of the expropriated investment immediately before the date on which the actual or threatened expropriation, nationalization or comparable measure has become publicly known. The compensation shall be paid without delay and shall carry the usual bank interest until the time of payment; it shall be effectively realizable and freely transferable. Provision shall have been made in an appropriate manner at or prior to the time of expropriation, nationalization or comparable measure for the determination and payment of such compensation. The legality of any such expropriation, nationalization or comparable measure, the relevant procedures and the amount of compensation shall be subject to review by due process of law.

(3) Investors of either Contracting State whose investments suffer losses in the territory of the other Contracting State owing to war or other armed conflict, revolution, a state of national emergency, or revolt, shall be accorded treatment no less favourable by such other Contracting State than that which the latter Contracting State accords to its own investors as regards restitution, indemnification, compensation or other valuable consideration. Such payments shall be freely transferable.

(4) Investors of either Contracting State shall enjoy most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting State in respect of the matters provided for in this Article.

Article 5

Transfer

Each Contracting State shall guarantee to investors of the other Contracting State the free transfer of payments in connection with an investment, in particular

- (a) of the principal and additional amounts to maintain or increase the investment;
- (b) of the returns;
- (c) in the repayment of loans;
- (d) of the proceeds from the liquidation or the sale of the whole or any part of the investment;
- (e) of the compensation provided for in Article 4.

Artikel 6
Subrogation

Leistet ein Vertragsstaat seinen Investoren Zahlungen aufgrund einer übernommenen Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats, so erkennt dieser andere Vertragsstaat, unbeschadet der Rechte des erstgenannten Vertragsstaats aus Artikel 9, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Investoren kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf den erstgenannten Vertragsstaat an. Ferner erkennt der andere Vertragsstaat den Eintritt des erstgenannten Vertragsstaats in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche der erstgenannte Vertragsstaat in demselben Umfang wie sein Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7
Durchführung des Transfers

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder Artikel 6 erfolgen unverzüglich zu dem am Tag des Transfers geltenden Marktkurs. Als „unverzüglich durchgeführt“ gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(2) Gibt es keinen Devisenmarkt, so gilt der Kreuzkurs (cross rate), der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte, SZR, zugrunde legen würde.

Artikel 8
Anwendung weiterer Regeln

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsstaaten bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Investoren des anderen Vertragsstaats eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jeder Vertragsstaat wird jede andere Verpflichtung einhalten, die er in Bezug auf Kapitalanlagen von Investoren des anderen Vertragsstaats in seinem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9
**Beilegung von Streitigkeiten
zwischen den Vertragsstaaten**

(1) Streitigkeiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsstaaten beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen eines der beiden Vertragsstaaten einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsstaaten zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, dass er die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

Article 6
Subrogation

If either Contracting State makes a payment to any of its investors under a guarantee it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting State, the latter Contracting State shall, without prejudice to the rights of the former Contracting State under Article 9, recognize the assignment, whether under a law or pursuant to a legal transaction, of any right or claim of such investor to the former Contracting State. The latter Contracting State shall also recognize the subrogation of the former Contracting State to any such right or claim (assigned claims) which that Contracting State shall be entitled to assert to the same extent as its predecessor in title. As regards the transfer of payments made by virtue of such assigned claims, Article 4 paragraph (2) and (3) as well as Article 5 shall apply mutatis mutandis.

Article 7
Conducting the Transfer

(1) Transfers under Article 4, paragraph (2) or (3), under Article 5 or Article 6 shall be made without delay at the market rate of exchange applicable on the day of the transfer. A transfer shall be deemed to have been made “without delay” if effected within such period as is normally required for the completion of transfer formalities. The said period shall commence on the day on which the relevant request has been submitted and shall on no account exceed two months.

(2) Should there be no foreign exchange market, the cross rate obtained from those rates which would be applied by the International Monetary Fund on the date of payment for conversions of the currencies concerned into Special Drawing Rights, SDR, shall apply.

Article 8
Application of Other Rules

(1) If the legislation of either Contracting State or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting States in addition to this Treaty contain a regulation, whether general or specific, entitling investments by investors of the other Contracting State to a treatment more favourable than is provided for by this Treaty, such regulation shall, to the extent that it is more favourable, prevail over this Treaty.

(2) Each Contracting State shall observe any other obligation it has assumed with regard to investments in its territory by investors of the other Contracting State.

Article 9
**Settlement of Disputes
between Contracting States**

(1) Disputes between the Contracting States concerning the interpretation or application of this Treaty should as far as possible be settled by the governments of the two Contracting States.

(2) If a dispute cannot thus be settled, it shall upon the request of either Contracting State be submitted to an arbitration tribunal.

(3) Such arbitration tribunal shall be constituted ad hoc as follows: each Contracting State shall appoint one member, and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman to be appointed by the governments of the two Contracting States. Such members shall be appointed within two months and such chairman within three months from the date on which either Contracting State has informed the other Contracting State that it intends to submit the dispute to an arbitration tribunal.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitglieds sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im Übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 10

Beilegung von Streitigkeiten zwischen einem Vertragsstaat und einem Investor des anderen Vertragsstaats

(1) Streitigkeiten in Bezug auf Kapitalanlagen zwischen einem der Vertragsstaaten und einem Investor des anderen Vertragsstaats sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Streitigkeit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Investors des anderen Vertragsstaats einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, wird die Streitigkeit einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(4) Der an der Streitigkeit beteiligte Vertragsstaat wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, dass der Investor des anderen Vertragsstaats eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

Artikel 11

Fortgeltung des Vertrags

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsstaaten diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 12

Protokoll

Das beiliegende Protokoll ist Bestandteil dieses Vertrags.

Artikel 13

Inkrafttreten, Dauer und Beendigung des Vertrags

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(4) If the periods specified in paragraph (3) above have not been observed, either Contracting State may, in the absence of any other arrangement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting State or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President should make the necessary appointments. If the Vice-President is a national of either Contracting State or if he, too, is prevented from discharging the said function, the member of the Court next in seniority who is not a national of either Contracting State should make the necessary appointments.

(5) The arbitration tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Such decisions shall be binding. Each Contracting State shall bear the cost of its own member and of its representatives in the arbitration proceedings; the cost of the chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by the Contracting States. The arbitration tribunal may make a different regulation concerning costs. In all other respects, the arbitration tribunal shall determine its own procedure.

Article 10

Settlement of Disputes between a Contracting State and an Investor of the Other Contracting State

(1) Disputes concerning investments between a Contracting State and an investor of the other Contracting State should as far as possible be settled amicably between the parties in dispute.

(2) If the dispute cannot be settled within six months of the date when it has been raised by one of the parties in dispute, it shall, at the request of the investor of the other Contracting State, be submitted for arbitration. Unless the parties in dispute agree otherwise, the dispute shall be submitted for arbitration under the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States.

(3) The award shall be binding and shall not be subject to any appeal or remedy other than those provided for in the said Convention. The award shall be enforced in accordance with domestic law.

(4) During arbitration proceedings or the enforcement of an award, the Contracting State involved in the dispute shall not raise the objection that the investor of the other Contracting State has received compensation under an insurance contract in respect of all or part of the damage.

Article 11

Remaining in Force of the Treaty

This Treaty shall be in force irrespective of whether or not diplomatic or consular relations exist between the Contracting States.

Article 12

Protocol

The attached Protocol shall form an integral part of this Treaty.

Article 13

Entry into Force, Duration and Termination of the Treaty

(1) This Treaty shall be subject to ratification; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft. Nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht einer der beiden Vertragsstaaten den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden. Mit Inkrafttreten dieses Vertrags tritt der Vertrag vom 10. Juli 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über den gegenseitigen Schutz und die Förderung von Kapitalanlagen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Bosnien und Herzegowina außer Kraft.

(3) Die Bestimmungen dieses Vertrags gelten vom Tag seines Inkrafttretens an auch für Kapitalanlagen, die unter den Schutz des Vertrags vom 10. Juli 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über den gegenseitigen Schutz und die Förderung von Kapitalanlagen fallen.

(4) Nach Kündigung dieses Vertrags gelten für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt seines Außerkrafttretens vorgenommen worden sind, die vorstehenden Artikel noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag seines Außerkrafttretens an.

Geschehen zu Berlin am 18. Oktober 2001 in zwei Urschriften, jede in deutscher, bosnischer, kroatischer, serbischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des bosnischen, kroatischen oder serbischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

(2) This Treaty shall enter into force one month after the date of exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for a period of ten years. Thereafter it shall be extended for an unlimited period unless denounced in writing by either Contracting State twelve months before its expiration. After the expiry of the period of ten years, this Treaty may be denounced at any time by either Contracting State giving twelve months' notice. With the entry into force of this Treaty, the Treaty of 10 July 1989 between the Federal Republic of Germany and the Socialist Federal Republic of Yugoslavia concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments shall expire, with respect to the Federal Republic of Germany and Bosnia and Herzegovina.

(3) The provisions of this Treaty shall also be effective from the date of the entry into force of this Treaty in respect of investments made under the Treaty of 10 July 1989 between the Federal Republic of Germany and the Socialist Federal Republic of Yugoslavia concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments.

(4) After denouncement of this Treaty, the preceding Articles shall continue to be effective for a further period of twenty years from the date of termination in respect of investments made prior to the termination of this Treaty.

Done at Berlin on October 18, 2001 in duplicate in the German, Bosnian, Croatian, Serbian and English languages, all texts being authentic. In case of divergent interpretation of the German and the Bosnian, Croatian or Serbian texts, the English text shall prevail.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Jürgen Chrobog

Für Bosnien und Herzegowina
For Bosnia and Herzegovina
Zlatko Lagumdžija

Protokoll
zum Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und Bosnien und Herzegowina
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Protocol
to the Treaty
between the Federal Republic of Germany
and Bosnia and Herzegovina
concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Bosnien und Herzegowina über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteil des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger eines Vertragsstaats jede Person, die einen von den zuständigen Behörden des betreffenden Vertragsstaats ausgestellten Reisepass besitzt.

(2) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Erhaltung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage sowie die Verfügung darüber anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Gesundheit der Bevölkerung oder der Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten einen Vertragsstaat nicht, steuerliche Vergünstigungen und Befreiungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in seinem Hoheitsgebiet ansässigen Investoren gewährt werden, auch auf im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats ansässige Investoren auszudehnen.
- c) Die Vertragsstaaten werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen des einen Vertragsstaats, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das Gleiche gilt für Arbeitnehmer des einen Vertragsstaats, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

On signing the Treaty between the Federal Republic of Germany and Bosnia and Herzegovina concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, the plenipotentiaries, being duly authorized, have, in addition, agreed on the following provisions, which shall be regarded as an integral part of the said Treaty:

(1) Ad Article 1

Without prejudice to any other method of determining nationality, in particular any person in possession of a national passport issued by the competent authorities of the Contracting State concerned shall be deemed to be a national of that Contracting State.

(2) Ad Article 3

- (a) The following shall more particularly, though not exclusively, be deemed “activity” within the meaning of Article 3 paragraph (2): the management, maintenance, use, enjoyment and disposal of an investment. The following shall, in particular, be deemed “treatment less favourable” within the meaning of Article 3: unequal treatment in the case of restrictions on the purchase of raw or auxiliary materials, of energy or fuel or of means of production or operation of any kind, unequal treatment in the case of impeding the marketing of products inside or outside the country, as well as any other measures having similar effects. Measures that have to be taken for reasons of public security and order, public health or morality shall not be deemed “treatment less favourable” within the meaning of Article 3.
- (b) The provisions of Article 3 do not oblige a Contracting State to extend to investors resident in the territory of the other Contracting State tax privileges, tax exemptions and tax reductions which according to its tax laws are granted only to investors resident in its territory.
- (c) The Contracting States shall within the framework of their national legislation give sympathetic consideration to applications for the entry and sojourn of persons of either Contracting State who wish to enter the territory of the other Contracting State in connection with an investment; the same shall apply to employed persons of either Contracting State who in connection with an investment wish to enter the territory of the other Contracting State and sojourn there to take up employment. Applications for work permits shall also be given sympathetic consideration.

(3) Zu Artikel 5

Artikel 5 Buchstabe c bezieht sich nicht auf kommerzielle Kredite.

(4) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird ein Vertragsstaat die Transportunternehmen des anderen Vertragsstaats weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen, unbeschadet entsprechender zwei- oder mehrseitiger Übereinkünfte, die für beide Vertragsstaaten verbindlich sind.

(3) Ad Article 5

Article 5 sub-paragraph (c) does not apply to commercial loans.

(4) Whenever goods or persons connected with an investment are to be transported, each Contracting State shall neither exclude nor hinder transport enterprises of the other Contracting State and shall issue permits as required to carry out such transport without prejudice to relevant bilateral or multilateral agreements which are binding for both Contracting States.

Ugovor
između Savezne Republike Njemačke
i Bosne i Hercegovine
o podsticanju i međusobnoj zaštiti investicija

Ugovor
između Savezne Republike Njemačke
i Bosne i Hercegovine
o poticanju i međusobnoj zaštiti investicija

Уговор
између Савезне Републике Њемачке
и Босне и Херцеговине
о подстицању и међусобној заштити инвестиција

Savezna Republika Njemačka

i

Bosna i Hercegovina –

u želji da prodube privrednu saradnju između dvije države,

u namjeri da se stvore povoljni uslovi za investicije investitora jedne države na teritoriji druge države,

spoznajući da su podsticanje i zaštita ovih investicija putem ugovora pogodni za oživljavanje privatne privredne inicijative i porast standarda stanovništva u obje države –

postigle su dogovor o slijedećem:

Član 1.

Definicije

Za potrebe ovog Ugovora

1. pod pojmom „investicije“ podrazumijevaju se sredstva bilo koje vrste, a naročito:

Savezna Republika Njemačka

i

Bosna i Hercegovina –

u želji da prodube gospodarsku suradnju između dvije države,

u namjeri da se stvore povoljni uvjeti za investicije investitora jedne države na teritoriji druge države,

spoznajući da su poticanje i zaštita ovih investicija putem ugovora pogodni za oživljavanje privatne gospodarske inicijative i porast standarda stanovništva u obje države –

postigle su dogovor o sljedećem:

Članak 1.

Definicije

Za potrebe ovog Ugovora

1. pod pojmom „investicije“ podrazumijevaju se sredstva bilo koje vrste, a naročito:

Савезна Република Њемачка

и

Босна и Херцеговина –

у жељи да продубе привредну сарадњу између двије државе,

у намјери да се створе повољни услови за инвестиције инвеститора једне државе на територији друге државе,

спознајући да су подстицање и заштита ових инвестиција путем уговора погодни за оживљавање приватне привредне иницијативе и пораст стандарда становништва у обје државе –

постигле су договор о следећем:

Члан 1.

Дефиниције

За потребе овог Уговора

1. под појмом „инвестиције“ подразумевају се средства било које врсте, а нарочито

- | | | |
|--|--|--|
| <p>(a) svojina nad pokretnim i nepokretnim stvarima kao i ostala stvarna prava kao što su hipoteke i založna prava;</p> <p>(b) pravo nad udjelima u preduzećima i druge vrste učešća u preduzećima;</p> <p>(c) potraživanja novca koji je upotrijebljen kako bi se ostvarila neka privredna vrijednost ili potraživanja bilo kojeg izvršenja koje ima privrednu vrijednost;</p> <p>(d) prava intelektualne svojine, a naročito autorska prava, patenti, korisni modeli, industrijski uzorci i modeli, znakovi, trgovački nazivi, trgovačke i poslovne tajne, tehnički postupci, know-how i goodwill;</p> <p>(e) javno-pravne koncesije uključujući i koncesije za istraživanje i iskorištavanje prirodnih bogatstava;</p> <p>promjena oblika ulaganja sredstava ne mijenja njihovo svojstvo investicije;</p> <p>2. pojam „prihodi“ označava one iznose koji nastaju iz investicija u jednom određenom vremenskom periodu, kao što su udjeli u dobiti, dividende, kamate, licencne ili druge naknade;</p> <p>3. pojam „investitor“ označava</p> <p>(a) u odnosu na Saveznu Republiku Njemačku:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Nijemce u smislu Osnovnog zakona Savezne Republike Njemačke, – svako pravno lice i trgovačko društvo ili drugo društvo ili udruženje sa ili bez svojstva pravnog lica koja imaju sjedište na teritoriji Savezne Republike Njemačke, bilo da je njihova djelatnost usmjerena na sticanje dobiti ili ne, <p>(b) u odnosu na Bosnu i Hercegovinu:</p> <ul style="list-style-type: none"> – fizička lica koja su u skladu sa zakonima Bosne i Hercegovine njeni državljani i koja u Bosni i Hercegovini imaju prebivalište ili svoje glavno mjesto poslovanja, – pravna lica osnovana u skladu sa zakonima Bosne i Hercegovine i čije se sjedište, odnosno centralna uprava, nalaze na teritoriji Bosne i Hercegovine; <p>4. pojam „teritorija“ označava</p> <p>(a) u odnosu na Saveznu Republiku Njemačku:</p> <p>njenu teritoriju, kao i područja isključive ekonomske zone i epikontinentalnog pojasa, ukoliko</p> | <p>(a) svojina nad pokretnim i nepokretnim stvarima kao i ostala stvarna prava kao što su hipoteke i založna prava;</p> <p>(b) pravo nad udjelima u poduzećima i druge vrste učešća u poduzećima;</p> <p>(c) potraživanja novca koji je upotrijebljen kako bi se ostvarila neka gospodarska vrijednost ili potraživanja bilo kojeg izvršenja koje ima gospodarsku vrijednost;</p> <p>(d) prava intelektualne svojine, a naročito autorska prava, patenti, korisni modeli, industrijski uzorci i modeli, znakovi, trgovački nazivi, trgovačke i poslovne tajne, tehnički postupci, know-how i good will;</p> <p>(e) javno-pravne koncesije uključujući i koncesije za istraživanje i iskorištavanje prirodnih bogatstava;</p> <p>promjena oblika ulaganja sredstava ne mijenja njihovo svojstvo investicije;</p> <p>2. pojam „prihodi“ označava one iznose koji nastaju iz investicija u jednom određenom vremenskom periodu, kao što su udjeli u dobiti, dividende, kamate, licencne ili druge naknade;</p> <p>3. pojam „investitor“ označava</p> <p>(a) u odnosu na Saveznu Republiku Njemačku:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Nijemce u smislu Temelnog zakona Savezne Republike Njemačke, – svaku pravnu osobu i trgovačko društvo ili drugo društvo ili udruženje sa ili bez svojstva pravne osobe koje imaju sjedište na teritoriji Savezne Republike Njemačke, bilo da je njihova djelatnost usmjerena na stjecanje dobiti ili ne, <p>(b) u odnosu na Bosnu i Hercegovinu:</p> <ul style="list-style-type: none"> – fizičke osobe koje su, sukladno zakonima Bosne i Hercegovine, njeni državljani i koje u Bosni i Hercegovini imaju prebivalište ili svoje glavno mjesto poslovanja, – pravne osobe osnovane sukladno zakonima Bosne i Hercegovine i čije se sjedište, odnosno centralna uprava, nalaze na teritoriju Bosne i Hercegovine; <p>4. pojam „teritorij“ označava</p> <p>(a) u odnosu na Saveznu Republiku Njemačku:</p> <p>njen teritorij, kao i područja isključive gospodarske zone i epikontinentalnog pojasa, ukoliko</p> | <p>(a) својина над покретним и непокретним стварима као и остала стварна прava као што су хипотеке и založna prava;</p> <p>(b) право над удјелима у предузећима и друге врсте учешћа у предузећима;</p> <p>(c) потраживања новца који је употребљен како би се остварила нека привредна вредност или потраживања било којег извршења које има привредну вредност;</p> <p>(d) права интелектуалне својине, а нарочито ауторска права, патенти, корисни модели, индустријски узорци и модели, знакови, трговачки називи, трговачке и пословне тајне, технички поступци, know-how и good will;</p> <p>(e) јавно-правне концесије укључујући и концесије за истраживање и искориштавање природних богатстава;</p> <p>промјена облика улагања средстава не мијења њихово својство инвестиције;</p> <p>2. појам „приходи“ означава оне износе који настају из инвестиција у једном одређеном временском периоду, као што су удјели у добити, дивиденде, камате, лиценце или друге накнаде;</p> <p>3. појам „инвеститор“ означава</p> <p>(a) у односу на Савезну Републику Њемачку:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Нијемце у смислу Основног закона Савезне Републике Њемачке, – свако правно лице и трговачко друштво или друго друштво или удружење са или без својства правног лица која имају сједиште на територији Савезне Републике Њемачке, било да је њихова дјелатност усмјерена на стицање добити или не, <p>(b) у односу на Босну и Херцеговину:</p> <ul style="list-style-type: none"> – физичка лица која су у складу са законима Босне и Херцеговине њени држављани и која у Босни и Херцеговини имају пребивалиште или своје главно мјесто пословања, – правна лица основана у складу са законима Босне и Херцеговине и чије се сједиште, односно централна управа, налазе на територији Босне и Херцеговине; <p>4. појам „територија“ означава</p> <p>(a) у односу на Савезну Републику Њемачку:</p> <p>њену територију, као и подручја искључиве економске зоне и епиконтиненталног појаса, уколико</p> |
|--|--|--|

međunarodno pravo dopušta ostvarivanje suverenih prava ili teritorijalnih ovlasti nad tim područjima,

(b) u odnosu na Bosnu i Hercegovinu:

svu kopnenu teritoriju, njeno teritorijalno more i epikontinentalni pojas, dio ispod zemlje, te zračni prostor, uključujući bilo koju morsku zonu, na kojima Bosna i Hercegovina prema svojim propisima, usklađenim s međunarodnim pravom, vrši svoja suverena prava ili teritorijalne ovlasti.

Član 2.

Podsticanje i zaštita investicija

(1) Svaka država ugovornica će na svojoj teritoriji, koliko je to moguće, podsticati investicije investitora druge države ugovornice i dopuštati te investicije u skladu sa svojim propisima.

(2) Svaka država ugovornica će se na svojoj teritoriji prema investicijama investitora druge države u svakom slučaju odnositi pravedno i pošteno i ovim Ugovorom im pružati potpunu zaštitu.

(3) Jedna država ugovornica neće ni na koji način na svojoj teritoriji proizvoljnim ili diskriminatorским мјерама ограничавати управљање, održavanje, upotrebu, korištenje ili raspolaganje investicijama investitora druge države ugovornice.

(4) Приходи од инвестиције као и нови приходи из њиховог поновног инвестирања уживају исту заштиту као инвестиција.

Član 3.

Nacionalni tretman i tretman najvećeg povlaštenja

(1) Svaka država ugovornica na svojoj teritoriji daje investicijama u vlasništvu ili pod kontrolom investitora druge države ugovornice ništa manje povoljan tretman, nego investicijama vlastitih investitora ili investitora trećih zemalja, ovisno o tome koji je povoljniji za konkretnu investiciju.

(2) Svaka država ugovornica odnosi se prema investitorima druge države ugovornice s obzirom na njihove aktivnosti u vezi s investicijama iz stava (1) ovog Člana ne manje povoljno kao i prema vlastitim investitorima ili investitorima trećih zemalja, ovisno o tome šta je povoljnije za investitora.

(3) Ovaj tretman ne odnosi se na prednosti koje jedna država ugovornica pruža investitorima trećih država na osnovu

međunarodno pravo dopušta ostvarivanje suverenih prava ili teritorijalnih ovlasti nad tim područjima,

(b) u odnosu na Bosnu i Hercegovinu:

sav kopnenu teritorij, njeno teritorijalno more i epikontinentalni pojas, dio ispod zemlje, te zračni prostor, uključujući bilo koju morsku zonu, na kojima Bosna i Hercegovina prema svojim propisima, usklađenim s međunarodnim pravom, vrši svoja suverena prava ili teritorijalne ovlasti.

Članak 2.

Poticanje i zaštita investicija

(1) Svaka država ugovornica će na svojem teritoriji, koliko je to moguće, poticati investicije investitora druge države ugovornice i dopuštati te investicije sukladno svojim propisima.

(2) Svaka država ugovornica će se na svojem teritoriji prema investicijama investitora druge države u svakom slučaju odnositi pravedno i pošteno i ovim Ugovorom im pružati potpunu zaštitu.

(3) Jedna država ugovornica neće ni na koji način na svojem teritoriji proizvoljnim ili diskriminatorским мјерама ограничавати управљање, održavanje, upotrebu, korištenje ili raspolaganje investicijama investitora druge države ugovornice.

(4) Приходи од инвестиције као и нови приходи из њиховог поновног инвестирања уживају исту заштиту као инвестиција.

Članak 3.

Nacionalni tretman i tretman najvećeg povlaštenja

(1) Svaka država ugovornica na svojoj teritoriji daje investicijama u vlasništvu ili pod kontrolom investitora druge države ugovornice ništa manje povoljan tretman, nego investicijama vlastitih investitora ili investitora trećih zemalja, ovisno o tome koji je povoljniji za konkretnu investiciju.

(2) Svaka država ugovornica odnosi se prema investitorima druge države ugovornice s obzirom na njihove aktivnosti u vezi s investicijama iz stavka (1) ovog Članka ne manje povoljno kao i prema vlastitim investitorima ili investitorima trećih zemalja, ovisno o tome što je povoljnije za investitora.

(3) Ovaj tretman ne odnosi se na prednosti koje jedna država ugovornica pruža investitorima trećih država na temelju

уколико међународно право допушта остваривање суверених права или територијалних овласти над тим подручјима,

(b) у односу на Босну и Херцеговину:

сву копнену територију, њено територијално море и епиконтинентални појас, дио испод земље, те ваздушни простор, укључујући било коју морску зону, на којима Босна и Херцеговина према својим прописима, усклађеним с међународним правом, врши своја суверена права или територијалне овласти.

Члан 2.

Подстицање и заштита инвестиција

(1) Свака држава уговорница ће на својој територији, колико је то могуће, подстицати инвестиције инвеститора друге државе уговорнице и допуштати те инвестиције у складу са својим прописима.

(2) Свака држава уговорница ће се на својој територији према инвестицијима инвеститора друге државе у сваком случају односити праведно и поштено и овим Уговором им пружати потпуну заштиту.

(3) Једна држава уговорница neće ни на који начин на својој територији произвољним или дискриминаторским мјерама ограничавати управљање, одржавање, употребу, коришћење или располагање инвестицијима инвеститора друге државе уговорнице.

(4) Приходи од инвестиције као и нови приходи из њиховог поновног инвестирања уживају исту заштиту као инвестиција.

Члан 3.

Национални третман и третман највећег повлаштења

(1) Свака држава уговорница на својој територији даје инвестицијима у власништву или под контролом инвеститора друге државе уговорнице ништа мање повољан третман, него инвестицијима властитих инвеститора или инвеститора трећих земаља, зависно о томе који је повољнији за конкретну инвестицију.

(2) Свака држава уговорница односи се према инвеститорима друге државе уговорнице с обзиром на њихове активности у вези с инвестицијима из става (1) овог Члана не мање повољно као и према властитим инвеститорима или инвеститорима трећих земаља, зависно о томе шта је повољније за инвеститора.

(3) Овај третман не односи се на предности које једна држава уговорница пружа инвеститорима

svoga članstva u, odnosno pridruživanja, nekoj carinskoj ili ekonomskoj uniji, zajedničkom tržištu ili području slobodne trgovine.

(4) Postupanje osigurano ovim Članom ne odnosi se na povlastice koje jedna država ugovornica odobrava investitorima trećih država na osnovu ugovora o dvostrukom oporezivanju ili drugih dogovora o poreskim pitanjima.

Član 4.

Zaštita investicija i kompenzacija za eksproprijaciju

(1) Investicije investitora jedne države ugovornice uživaju na teritoriji druge države ugovornice potpunu zaštitu i punu sigurnost.

(2) Investicije investitora jedne države ugovornice smiju se na teritoriji druge države ugovornice samo radi općeg dobra i uz obeštećenje direktno ili indirektno eksproprijirati, podržaviti ili podvrgnuti drugim mjerama koje se u svom ishodu izjednačavaju s eksproprijacijom ili podržavljenjem. To obeštećenje mora odgovarati vrijednosti izvlašćene investicije neposredno prije vremena kada će stvarno ili prijetće izvlašćenje, podržavljenje ili mjera sa istim učinkom postati javno poznati. Do obeštećenja mora doći odmah i na njega se do trenutka isplate moraju obračunati kamate, prema uobičajenoj bankovnoj kamatnoj stopi, ono mora biti efektivno raspoloživo i mora se moći izvršiti slobodan transfer. Najkasnije u trenutku izvlašćenja, podržavljenja ili mjera sa istim učinkom mora se na podestan način preduzeti mjera predostrožnosti za utvrđivanje i plaćanje obeštećenja. Pravaoaljanost izvlašćenja, podržavljenja ili mjera sa istim učinkom, odgovarajući postupak i visina obeštećenja moraju se moći preispitati u redovnom pravnom postupku.

(3) Investitori jedne države ugovornice koji su zbog rata, drugih oružanih sukoba, revolucije, državnog vanrednog stanja ili ustanka na teritoriji druge države ugovornice pretrpjeli gubitak investicije neće biti u pogledu restitucije, nagodbe, obeštećenja ili drugih vidova kompenzacije tretirani manje povoljno od vlastitih investitora. Takve isplate se moraju moći slobodno transferirati.

(4) U pogledu svega navedenog u ovom Članu investitori jedne države ugovornice uživaju na teritoriji druge države ugovornice tretman najvećeg povlaštenja.

svoga članstva u, odnosno pridruživanja, nekoj carinskoj ili gospodarskoj uniji, zajedničkom tržištu ili području slobodne trgovine.

(4) Postupanje osigurano ovim Člankom ne odnosi se na povlastice koje jedna država ugovornica odobrava investitorima trećih država na temelju ugovora o dvostrukom oporezivanju ili drugih dogovora o poreskim pitanjima.

Članak 4.

Zaštita investicija i kompenzacija za eksproprijaciju

(1) Investicije investitora jedne države ugovornice uživaju na teritoriji druge države ugovornice potpunu zaštitu i punu sigurnost.

(2) Investicije investitora jedne države ugovornice smiju se na teritoriji druge države ugovornice samo radi općeg dobra i uz obeštećenje direktno ili indirektno eksproprijirati, podržaviti ili podvrgnuti drugim mjerama koje se u svom ishodu izjednačavaju s eksproprijacijom ili podržavljenjem. To obeštećenje mora odgovarati vrijednosti izvlašćene investicije neposredno prije vremena kad će stvarno ili prijetće izvlašćenje, podržavljenje ili mjera sa istim učinkom postati javno poznati. Do obeštećenja mora doći odmah i na njega se do trenutka isplate moraju obračunati kamate, prema uobičajenoj bankovnoj kamatnoj stopi, ono mora biti efektivno raspoloživo i mora se moći izvršiti slobodan transfer. Najkasnije u trenutku izvlašćenja, podržavljenja ili mjera sa istim učinkom mora se na podestan način preduzeti mjera predostrožnosti za utvrđivanje i plaćanje obeštećenja. Pravaoaljanost izvlašćenja, podržavljenja ili mjera sa istim učinkom, odgovarajući postupak i visina obeštećenja moraju se moći preispitati u redovnom pravnom postupku.

(3) Investitori jedne države ugovornice koji su zbog rata, drugih oružanih sukoba, revolucije, državnog izvanrednog stanja ili ustanka na teritoriju druge države ugovornice pretrpjeli gubitak investicije neće biti u pogledu restitucije, nagodbe, obeštećenja ili drugih vidova kompenziranja tretirani manje povoljno od vlastitih investitora. Takve isplate se moraju moći slobodno transferirati.

(4) U pogledu svega navedenog u ovom Članku investitori jedne države ugovornice uživaju na teritoriju druge države ugovornice tretman najvećeg povlaštenja.

trećih država na osnovu svoga članstva u, odnosno pridruživanja, nekoj carinskoj ili ekonomskoj uniji, zajedničkom tržištu ili području slobodne trgovine.

(4) Postupanje osigurano ovim Članom ne odnosi se na povlastice koje jedna država ugovornica odobrava investitorima trećih država na osnovu ugovora o dvostrukom oporezivanju ili drugih dogovora o poreskim pitanjima.

Члан 4.

Заштита инвестиција и компензација за експропријацију

(1) Инвестиције инвеститора једне државе уговорнице уживају на територији друге државе уговорнице потпуну заштиту и пуну сигурност.

(2) Инвестиције инвеститора једне државе уговорнице смију се на територији друге државе уговорнице само ради општег добра и уз обештећење директно или индиректно експроприсати, подржавити или подвргнути другим мјерама које се у свом исходу изједначавају с експропријацијом или подржављењем. То обештећење мора одговарати вриједности извлашћене инвестиције непосредно прије времена када ће стварно или пријетеће извлашћење, подржављење или мјера са истим учинком постати јавно познати. До обештећења мора доћи одмах и на њега се до тренутка исплате морају обрачунати камате, према уобичајеној банковној каматној стопи, оно мора бити ефикасно расположиво и мора се моћи извршити слободан трансфер. Најкасније у тренутку извлашћења, подржављења или мјера са истим учинком мора се на подесан начин предузети мјера предostrožности за утврђивање и плаћање обештећења. Правоваљаност извлашћења, подржављења или мјера са истим учинком, одговарајући поступак и висина обештећења морају се моћи преиспитати у редовном правном поступку.

(3) Инвеститори једне државе уговорнице који су због рата, других оружаних сукоба, револуције, државног ванредног стања или устанка на територији друге државе уговорнице претрпјели губитак инвестиције неће бити у погледу реституције, нагодбе, обештећења или других видова компензације третирани мање повољно од властитих инвеститора. Такве исплате се морају моћи слободно трансферирати.

(4) У погледу свега наведеног у овом Члану инвеститори једне државе уговорнице уживају на територији друге државе уговорнице третман највећег повлашћења.

Član 5.**Transfer**

Svaka država ugovornica garantuje investitorima druge države ugovornice slobodan transfer isplata koje su u vezi s investicijom, a posebno

- (a) kapitala i dodatnih iznosa za održavanje ili proširenje investicije;
- (b) prihoda;
- (c) za vraćanje kredita;
- (d) iznosa dobijenih od potpune ili djelimične likvidacije ili prodaje investicije;
- (e) obeštećenja predviđenih u Članu 4.

Član 6.**Subrogacija**

Ako jedna država ugovornica izvrši isplatu svojim investitorima na osnovu garancije, koju je dala u odnosu na neku investiciju, na teritoriji druge države ugovornice, onda ova druga država ugovornica, ne šteteći pravima prvoimenovane države ugovornice iz Člana 9., priznaje prenošenje svih prava ili zahtjeva ovih investitora, po zakonu ili na osnovu pravnog posla, na prvoimenovanu državu ugovornicu. Nadalje, druga država ugovornica priznaje prvoimenovanoj državi ugovornici sticanje svih prava i zahtjeva (preneseni zahtjevi), pri čemu je prvoimenovana država ugovornica ovlaštena da ih izvršava u istom obimu kao i njen pravni predhodnik. Za transfer plaćanja po osnovu prenesenih zahtjeva, na odgovarajući način važe Član 4., stavovi (2) i (3) i Član 5.

Član 7.**Provođenje transfera**

(1) Transferi prema Članu 4., stavovi (2) ili (3), Članu 5. ili Članu 6. vrše se bez odgode, po tržišnom kursu koji važi na dan transfera. „Bez odgode provedenim transferom“ smatra se onaj koji se obavi u roku koji je obično neophodan za ispunjavanje formalnosti oko transfera. Rok počinje predavanjem odgovarajućeg zahtjeva i ne smije ni u kom slučaju biti duži od dva mjeseca.

(2) Ako ne postoji devizno tržište, onda važi „cross rate“, koji se dobije na osnovu onih obračunskih kurseva koje bi Međunarodni monetarni fond u vrijeme isplate uzeo za osnovu preračuna dotične valute u specijalna prava vučenja, SDR.

Član 8.**Primjena dodatnih pravila**

(1) Ako iz pravnih propisa jedne države ugovornice ili iz obaveza na osnovu

Članak 5.**Transfer**

Svaka država ugovornica garantira investitorima druge države ugovornice slobodan transfer isplata koje su u svezi s investicijom, a osobito:

- (a) kapitala i dodatnih iznosa za održavanje ili proširenje investicije;
- (b) prihoda;
- (c) za vraćanje kredita;
- (d) iznosa dobijenih od potpune ili djelimične likvidacije ili prodaje investicije;
- (e) obeštećenja predviđenih u Članku 4.

Članak 6.**Subrogacija**

Ako jedna država ugovornica izvrši isplatu svojim investitorima na temelju garancije, koju je dala u odnosu na neku investiciju, na teritoriju druge države ugovornice, onda ova druga država ugovornica, ne šteteći pravima prvoimenovane države ugovornice iz Članka 9., priznaje prenošenje svih prava ili zahtjeva ovih investitora, po zakonu ili na temelju pravnog posla, na prvoimenovanu državu ugovornicu. Nadalje, druga država ugovornica priznaje prvoimenovanoj državi ugovornici stjecanje svih prava i zahtjeva (preneseni zahtjevi), pri čemu je prvoimenovana država ugovornica ovlaštena izvršavati ih u istom obujmu kao i njen pravni predhodnik. Za transfer plaćanja na temelju prenesenih zahtjeva, važe na odgovarajući način Članak 4., stavci (2) i (3) i Članak 5.

Članak 7.**Provođenje transfera**

(1) Transferi prema Članku 4., stavci (2) ili (3), Članku 5. ili Članku 6. vrše se bez odgode, po tržišnom tečaju koji važi na dan transfera. „Bez odgode provedenim transferom“ smatra se onaj koji se obavi u roku koji je obično neophodan za ispunjavanje formalnosti oko transfera. Rok počinje predavanjem odgovarajućeg zahtjeva i ne smije ni u kom slučaju biti dulji od dva mjeseca.

(2) Ako ne postoji devizno tržište, onda važi „cross rate“, koji se dobije na temelju onih obračunskih tečajeva koje bi Međunarodni monetarni fond u vrijeme isplate uzeo po temelju preračuna dotične valute u specijalna prava vučenja, SDR.

Članak 8.**Primjena dodatnih pravila**

(1) Ako iz pravnih propisa jedne države ugovornice ili iz obaveza na temelju

Члан 5.**Трансфер**

Свака држава уговорница гарантује инвеститорима друге државе уговорнице слободан трансфер исплата које су у вези с инвестицијом, а посебно

- (a) капитала и додатних износа за одржавање или проширење инвестиције;
- (b) прихода;
- (c) за враћање кредита;
- (d) износа добијених од потпуне или дјелимичне ликвидације или продаје инвестиције;
- (e) обештећења предвиђених у Члану 4.

Члан 6.**Суброгација**

Ако једна држава уговорница изврши исплату својим инвеститорима на основу гаранције, коју је дала у односу на неку инвестицију, на територији друге државе уговорнице, онда ова друга држава уговорница, не штетећи правима првоименоване државе уговорнице из Члана 9., признаје преношење свих права или захтјева ових инвеститора, по закону или на основу правног посла, на првоименовану државу уговорницу. Надаље, друга држава уговорница признаје преношење свих права и захтјева (пренесени захтјеви), при чему је првоименована држава уговорница овлаштена да их извршава у истом обиму као и њен правни предходник. За трансфер плаћања по основу пренесених захтјева, важе на одговарајући начин Члан 4., ставови (2) и (3) и Члан 5.

Члан 7.**Провођење трансфера**

(1) Трансфери према Члану 4., ставови (2) или (3), Члану 5. или Члану 6. врше се без одгоде, по тржишном курсу који важи на дан трансфера. „Без одгоде проведеним трансфером“ сматра се онај који се обави у року који је обично неопходан за испуњавање формалности око трансфера. Рок почиње предавањем одговарајућег захтјева и не смије ни у ком случају бити дужи од два мјесеца.

(2) Ако не постоји девизно тржиште, онда важи „cross rate“, који се добије на основу оних обрачунских курсева које би Међународни монетарни фонд у вријеме исплате узео за основу прерачуна дотичне валуте у специјална прava вучења, SDR.

Члан 8.**Примјена додатних правила**

(1) Ако из правних прописа једне државе уговорнице или из обавеза на

međunarodnog prava koje postoje ili će se u budućnosti zasnovati između država ugovornica, pored ovog Ugovora, proiziđu opći ili posebni propisi po kojima se investicijama investitora druge države ugovornice treba odobriti bolji tretman nego po ovom Ugovoru, onda takvi propisi imaju prednost u odnosu na ovaj Ugovor, u mjeri u kojoj su povoljniji.

(2) Svaka država ugovornica će ispunjavati svaku drugu obavezu koju je preuzela u odnosu na investicije investitora druge države ugovornice na svojoj teritoriji.

Član 9.

Rješavanje sporova između država ugovornica

(1) Sporove između država ugovornica o tumačenju ili primjeni ovog Ugovora treba da, ukoliko je to moguće, otklone vlade obiju država ugovornica.

(2) Ako se sporovi na ovaj način ne mogu otkloniti, onda ih se mora na zahtjev jedne od država ugovornica, podnijeti arbitražnom sudu.

(3) Arbitražni sud se formira od slučaja do slučaja, tako što svaka država ugovornica postavlja jednog člana, a oba člana se onda slože oko jednog pripadnika treće države kao predsjednika, kojeg onda postavljaju vlade obiju država ugovornica. Članovi se moraju postaviti u roku od dva mjeseca, Predsjednik u roku od tri mjeseca nakon što je jedna država ugovornica saopštila drugoj državi ugovornici da spor želi iznijeti pred arbitražu.

(4) Ako se ne održe rokovi iz stava (3) onda u nedostatku drugog dogovora može svaka država ugovornica zamoliti Predsjednika Međunarodnog suda da izvrši neophodna imenovanja. Ako Predsjednik ima državljanstvo jedne od država ugovornica ili je on spriječen nekim drugim razlogom, onda imenovanja treba izvršiti Zamjenik predsjednika. Ako i Zamjenik predsjednika ima državljanstvo jedne od država ugovornica ili ako je i on spriječen, onda treba da imenovanja izvrši sljedeći po rangu član suda koji nema državljanstvo nijedne države ugovornice.

(5) Arbitražni sud odlučuje većinom glasova. Njegove odluke su obavezujuće. Svaka država ugovornica snosi troškove svoga člana kao i svog zastupanja tokom postupka pred sudom, troškove predsjednika, kao i ostale troškove dijele obje države ugovornice na jednake dijelove. Sud može donijeti odluku o drugačijem regulisanju troškova. Što se tiče ostalog, sud sam reguliše svoj postupak.

međunarodnog prava koje postoje ili će se u budućnosti zasnovati između država ugovornica, pored ovog Ugovora, proiziđu opći ili posebni propisi po kojima se investicijama investitora druge države ugovornice treba odobriti bolji tretman nego po ovom Ugovoru, onda takvi propisi imaju prednost u odnosu na ovaj Ugovor, u mjeri u kojoj su povoljniji.

(2) Svaka država ugovornica ispunjavat će svaku drugu obavezu koju je preuzela u odnosu na investicije investitora druge države ugovornice na svojem teritoriju.

Članak 9.

Rješavanje sporova između država ugovornica

(1) Sporove između država ugovornica o tumačenju ili primjeni ovog Ugovora treba da, ukoliko je to moguće, otklone vlade obiju država ugovornica.

(2) Ako se sporovi na ovaj način ne mogu otkloniti, onda ih se mora na zahtjev jedne od država ugovornica, dostaviti arbitražnom sudu.

(3) Arbitražni sud se formira od slučaja do slučaja, tako što svaka država ugovornica postavlja jednog člana, a oba člana se onda slože oko jednog pripadnika treće države kao predsjednika, kojeg onda postavljaju vlade obiju država ugovornica. Članovi se moraju postaviti u roku od dva mjeseca, Predsjednik u roku od tri mjeseca nakon što je jedna država ugovornica priopćila drugoj državi ugovornici da spor želi iznijeti pred arbitražu.

(4) Ako se ne održe rokovi iz stavka (3) onda u nedostatku drugog dogovora može svaka država ugovornica zamoliti Predsjednika Međunarodnog suda da izvrši neophodna imenovanja. Ako Predsjednik ima državljanstvo jedne od država ugovornica ili je on spriječen nekim drugim razlogom, onda imenovanja treba izvršiti Zamjenik predsjednika. Ako i Zamjenik predsjednika ima državljanstvo jedne od država ugovornica ili ako je i on spriječen, onda treba da imenovanja izvrši sljedeći po rangu član suda koji nema državljanstvo niti jedne države ugovornice.

(5) Arbitražni sud odlučuje većinom glasova. Njegove odluke su obavezujuće. Svaka država ugovornica snosi troškove svoga člana kao i svog zastupanja tijekom postupka pred sudom, troškove predsjednika, kao i ostale troškove dijele obje države ugovornice na jednake dijelove. Sud može donijeti odluku o drukčijem reguliranju troškova. Što se tiče ostalog, sud sam regulira svoj postupak.

osnovu međunarodnog prava koje postoje ili će se u budućnosti zasnovati između država ugovornica, pored ovog Ugovora, proisteknu opšti ili posebni propisi po kojima se investicijama investitora druge države ugovornice treba odobriti bolji tretman nego po ovom Ugovoru, onda takvi propisi imaju prednost u odnosu na ovaj Ugovor, u mjeri u kojoj su povoljniji.

(2) Svaka država ugovornica će ispunjavati svaku drugu obavezu koju je preuzela u odnosu na investicije investitora druge države ugovornice na svojoj teritoriji.

Члан 9.

Рјешавање спорова између држава уговорница

(1) Спорове између држава уговорница о тумачењу или примјени овог Уговора треба да, уколико је то могуће, оtkлоне владе обију држава уговорница.

(2) Ако се спорови на овај начин не могу оtkлонити, онда их се мора на захтјев једне од држава уговорница, поднијети арбитражном суду.

(3) Арбитражни суд се формира од случаја до случаја, тако што свака држава уговорница поставља једног члана, а оба члана се онда сложе око једног припадника треће државе као председника, којег онда постављају владе обију држава уговорница. Чланови се морају поставити у року од два мјесеца, Председник у року од три мјесеца након што је једна држава уговорница саопштила другој држави уговорници да спор жели изнијети пред арбитражу.

(4) Ако се не одрже рокови из става (3) онда у недостатку другог договора може свака држава уговорница замолити Председника Међународног суда да изврши неопходна именованња. Ако Председник има држављанство једне од држава уговорница или је он спријечен неким другим разлогом, онда именованња треба извршити Замјеник председника. Ако и Замјеник председника има држављанство једне од држава уговорница или ако је и он спријечен, онда треба да именованња изврши слиједећи по рангу члан суда који нема држављанство ниједне државе уговорнице.

(5) Арбитражни суд одлучује већином гласова. Његове одлуке су обавезујуће. Свака држава уговорница сноси трошкове свога члана као и свог заступања током поступка пред судом, трошкове председника, као и остале трошкове дијеле обје државе уговорнице на једнаке дијелове. Суд може донијети одлуку о другаџијем регулисању трошкова. Что се тиче осталог, суд сам регулише свој поступак.

Član 10.**Rješavanje sporova
između jedne države
ugovornice i investitora
druge države ugovornice**

(1) Sporovi u odnosu na investicije između jedne države ugovornice i investitora druge države ugovornice trebali bi, ukoliko je to moguće, ove strane u sporu riješiti dogovorom.

(2) Ako se spor ne može prevazići u roku od šest mjeseci od datuma kada ga je jedna od dviju strana u sporu pokrenula, tada se on mora na zahtjev investitora druge države ugovornice podvrći rješavanju u arbitražnom postupku. Ukoliko strane u sporu ne postignu drugačiji dogovor, taj spor podliježe arbitražnom postupku u okviru Konvencije o rješavanju investicijskih sporova između država i pripadnika drugih država od 18. marta 1965. godine.

(3) Arbitražna presuda je obavezujuća i ne podliježe nikakvim drugim osim pravnim sredstvima ili drugim pravnim sredstvima predviđenim u navedenoj Konvenciji. Presuda se izvršava prema unutardržavnom pravu.

(4) Država ugovornica koja sudjeluje u sporu neće za vrijeme arbitražnog postupka ili izvršenja arbitražne presude kao prigovor iznositi to da je investitor druge države ugovornice od nekog osiguranja primio obeštećenje za jedan dio štete ili cjelokupnu štetu.

Član 11.**Daljnje
važnje Ugovora**

Ovaj Ugovor vrijedi bez obzira na to da li između država ugovornica postoje diplomatski ili konzularni odnosi.

Član 12.**Protokol**

Priloženi Protokol je sastavni dio ovog Ugovora.

Član 13.**Stupanje
na snagu, trajanje
i prestanak Ugovora**

(1) Ovom Ugovoru je potrebna ratifikacija; ratifikacioni dokumenti će se razmijeniti što je prije moguće.

(2) Ovaj Ugovor stupa na snagu mjesec dana nakon razmjene ratifikacionih dokumenata. On ostaje na snazi deset godina. Nakon isteka tog perioda trajanje Ugovora se produžava na neodređeno vrijeme, ukoliko neka država ugovornica pismeno ne otkáže Ugovor u periodu od dvanaest mjeseci prije isteka. Nakon protoka deset

Članak 10.**Rješavanje sporova
između jedne države
ugovornice i investitora
druge države ugovornice**

(1) Sporovi u odnosu na investicije između jedne države ugovornice i investitora druge države ugovornice trebali bi, ukoliko je to moguće, ove strane u sporu riješiti dogovorom.

(2) Ako se spor ne može prevazići u roku od šest mjeseci od datuma kada ga je jedna od dviju strana u sporu pokrenula, tada se on mora na zahtjev investitora druge države ugovornice podvrći rješavanju u arbitražnom postupku. Ukoliko strane u sporu ne postignu drugačiji dogovor, taj spor podliježe arbitražnom postupku u okviru Konvencije o rješavanju investicionih sporova između država i pripadnika drugih država od 18. ožujka 1965. godine.

(3) Arbitražna presuda je obavezujuća i ne podliježe nikakvim drugim osim pravnim sredstvima ili drugim pravnim sredstvima predviđenim u navedenoj Konvenciji. Presuda se izvršava prema unutardržavnom pravu.

(4) Država ugovornica koja sudjeluje u sporu neće za vrijeme arbitražnog postupka ili izvršenja arbitražne presude kao prigovor iznositi to da je investitor druge države ugovornice od nekog osiguranja primio obeštećenje za jedan dio štete ili cjelokupnu štetu.

Članak 11.**Daljnje
važnje Ugovora**

Ovaj Ugovor vrijedi bez obzira na to da li između država ugovornica postoje diplomatski ili konzularni odnosi.

Članak 12.**Protokol**

Priloženi Protokol je sastavni dio ovog Ugovora.

Članak 13.**Stupanje
na snagu, trajanje
i prestanak Ugovora**

(1) Ovom Ugovoru je potrebna ratifikacija; ratifikacioni dokumenti će se razmijeniti što je prije moguće.

(2) Ovaj Ugovor stupa na snagu mjesec dana nakon razmjene ratifikacionih dokumenata. On ostaje na snazi deset godina. Nakon isteka tog perioda trajanje Ugovora se produžava na neodređeno vrijeme, ukoliko neka država ugovornica pismeno ne otkáže Ugovor u periodu od dvanaest mjeseci prije isteka. Nakon isteka deset

Члан 10.**Рјешавање спорова
између једне државе
уговорнице и инвеститора
друге државе уговорнице**

(1) Спорови у односу на инвестиције између једне државе уговорнице и инвеститора друге државе уговорнице требали би, уколико је то могуће, ове стране у спору ријешити договором.

(2) Ако се спор не може превазићи у року од шест мјесеци од датума када га је једна од двију страна у спору покренула, тада се он мора на захтјев инвеститора друге државе уговорнице подврћи рјешавању у арбитражном поступку. Уколико стране у спору не постигну другачији договор, тај спор подлијеже арбитражном поступку у оквиру Конвенције о рјешавању инвестицијских спорова између држава и припадника других држава од 18. марта 1965. године.

(3) Арбитражна пресуда је обавезујућа и не подлијеже никаквим другим осим правним средствима или другим правним средствима предвиђеним у наведеној Конвенцији. Пресуда се извршава према унутардржавном праву.

(4) Држава уговорница која судјелује у спору неће за вријеме арбитражног поступка или извршења арбитражне пресуде као приговор износити то да је инвеститор друге државе уговорнице од неког осигурања примио обештећење за један дио штете или целокупну штету.

Члан 11.**Даље
важење Уговора**

Овај Уговор вриједи без обзира на то да ли између држава уговорница постоје дипломатски или конзуларни односи.

Члан 12.**Протокол**

Приложени Протокол је саставни дио овог Уговора.

Члан 13.**Ступање
на снагу, трајање
и престанак Уговора**

(1) Овом Уговору је потребна ратификација; ратификациони документи размијениће се што је прије могуће.

(2) Овај Уговор ступа на снагу мјесец дана након размијене ратификационих докумената. Он остаје на снази десет година. Након истека тог периода трајање Уговора се продужава на неодређено вријеме, уколико нека држава уговорница писмено не оtkáže Уговор у периоду од дванаест мјесеци

godina Ugovor se može otkazati u svako doba, uz otkazni rok od dvanaest mjeseci. Sa stupanjem na snagu ovog Ugovora, Sporazum od 10. jula 1989. godine između Savezne Republike Njemačke i Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije o uzajamnoj zaštiti i podsticanju investicija u odnosu na Saveznu Republiku Njemačku i Bosnu i Hercegovinu, prestaje važiti.

(3) Odredbe ovog Ugovora od dana njegovog stupanja na snagu, važe i za investicije koje su uživale zaštitu po Sporazumu od 10. jula 1989. godine između Savezne Republike Njemačke i Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije o uzajamnoj zaštiti i podsticanju investicija.

(4) Poslije otkaza ovog Ugovora za investicije koje su izvršene do vremena isteka ovog Ugovora, važe predhodni članovi još dvadeset sljedećih godina od dana njegovog isteka.

Sačinjeno u Berlinu, dana 18. listopada 2001. u dva originala, svaki na njemačkom, bosanskom/hrvatskom/srpskom i engleskom jeziku, pri čemu je svaki tekst vjerodostojan. U slučaju različitog tumačenja njemačkog i bosanskog/hrvatskog/srpskog teksta, engleski tekst je mjerodavan.

godina Ugovor se može otkazati u svako doba, uz otkazni rok od dvanaest mjeseci. Stupanjem na snagu ovog Ugovora, Sporazum od 10. srpnja 1989. godine između Savezne Republike Njemačke i Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije o uzajamnoj zaštiti i poticanju investicija u odnosu na Saveznu Republiku Njemačku i Bosnu i Hercegovinu, prestaje vrijediti.

(3) Odredbe ovog Ugovora od dana njegovog stupanja na snagu, vrijede i za investicije koje su uživale zaštitu po Sporazumu od 10. srpnja 1989. godine između Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije i Savezne Republike Njemačke o uzajamnoj zaštiti i poticanju investicija.

(4) Poslije otkaza ovog Ugovora za investicije koje su izvršene do vremena isteka ovog Ugovora, vrijede predhodni članci još dvadeset sljedećih godina od dana njegova isteka.

Sačinjeno u Berlinu, dana 18. oktobra 2001. u dva originala, svaki na njemačkom, bosanskom/hrvatskom/srpskom i engleskom jeziku, pri čemu je svaki tekst vjerodostojan. U slučaju različitog tumačenja njemačkog i bosanskog/hrvatskog/srpskog teksta, engleski tekst je mjerodavan.

Za Saveznu Republiku Njemačku
Za Saveznu Republiku Njemačku
За Савезну Републику Њемачку
Jürgen Chrobog

Za Bosnu i Hercegovinu
Za Bosnu i Hercegovinu
За Босну и Херцеговину
Zlatko Lagumdžija

прије истека. Након протока десет година Уговор се може оtkазати у свако доба, уз отказни рок од дванаест мјесеци. Са ступањем на снагу овог Уговора, Споразум од 10. јула 1989. године између Савезне Републике Њемачке и Социјалистичке Федеративне Републике Југославије о узајамној заштити и подстицању инвестиција у односу на Савезну Републику Њемачку и Босну и Херцеговину, престаје важити.

(3) Одредбе овог Уговора од дана његовог ступања на снагу, важе и за инвестиције које су уживале заштиту по Споразуму од 10. јула 1989. године између Савезне Републике Њемачке и Социјалистичке Федеративне Републике Југославије о узајамној заштити и подстицању инвестиција.

(4) Послије отказа овог Уговора за инвестиције које су извршене до времена истека овог Уговора, важе предходни чланови још двадесет слиједећих година од дана његовог истека.

Сачињено у Берлину, дана 18. октобра 2001. у два оригинала, сваки на њемачком, босанском/хрватском/српском и енглеском језику, при чему је сваки текст вјеродостојан. У случају различитог тумачења њемачког и босанског/хрватског/српског текста, енглески текст је мјеродаван.

Protokol
uz Ugovor
između Savezne Republike Njemačke
i Bosne i Hercegovine
o podsticanju i međusobnoj zaštiti investicija

Protokol
uz Ugovor
između Savezne Republike Njemačke
i Bosne Hercegovine
o poticanju i međusobnoj zaštiti investicija

Протокол
уз Уговор
између Савезне Републике Њемачке
и Босне и Херцеговине
подстицању и међусобној заштити инвестиција

Prilikom potpisivanja Ugovora između Savezne Republike Njemačke i Bosne i Hercegovine o podsticanju i međusobnoj zaštiti investicija, opunomoćenci, primjerenom za to ovlaštene, dogovorili su se osim toga oko sljedećih odredbi koje važe kao sastavni dio Ugovora:

Prilikom potpisivanja Ugovora između Savezne Republike Njemačke i Bosne i Hercegovine o poticanju i međusobnoj zaštiti investicija, opunomoćenci, primjerenom za to ovlaštene, dogovorili su se osim toga oko sljedećih odredaba koje vrijede kao sastavni dio Ugovora:

Приликом потписивања Уговора између Савезне Републике Њемачке и Босне и Херцеговине о подстицању и међусобној заштити инвестиција, опуномоћеници, примјерено за то овлаштени, договорили су се осим тога око слиједећих одредби које важе као саставни дио Уговора:

(1) Uz Član 1.

Ne šteteći ostalim postupcima za utvrđivanje državljanstva, državljaninom jedne države ugovornice smatra se naročito svako lice koje ima pasoš izdat od nadležnih organa dotične države ugovornice.

(1) Uz Članak 1.

Ne šteteći ostalim postupcima za utvrđivanje državljanstva, državljaninom jedne države ugovornice smatra se naročito svaka osoba koja ima putovnicu izdatu od nadležnih organa dotične države ugovornice.

(1) Уз Члан 1.

Не штетећи осталим поступцима за утврђивање држављанства, држављанином једне државе уговорнице сматра се свако лице које има пасош издат од надлежних органа дотичне државе уговорнице.

(2) Uz Član 3.

(a) Kao „aktivnost“ u smislu Člana 3., stav (2), smatra se prvenstveno, ali ne i isključivo, upravljanje, održavanje, upotreba, korištenje i raspolaganje investicijom. „Manje povoljnijim“ tretmanom u smislu Člana 3. posebno se smatra: različit tretman u slučaju ograničenja nabavke sirovina i pomoćnih sredstava, energije i goriva kao i proizvodnih i pogonskih sredstava svake vrste, različit tretman u slučaju ometanja plasmana proizvoda u zemlji i u inostranstvu, kao i druge mjere sličnog djelovanja. Mjere koje se donose iz razloga javne bezbjednosti i reda, zdravlja stanovništva ili morala, ne smatraju se „manje povoljnijim“ tretmanom u smislu Člana 3.

(2) Uz Članak 3.

(a) Kao „aktivnost“ u smislu Članka 3., stavka (2), smatra se prvenstveno, ali ne i isključivo, upravljanje, održavanje, upotreba, korištenje i raspolaganje investicijom. „Manje povoljnijim“ tretmanom u smislu Članka 3. osobito se smatra: različit tretman u slučaju ograničenja nabave sirovina i pomoćnih sredstava, energije i goriva kao i proizvodnih i pogonskih sredstava svake vrste, različit tretman u slučaju smetnji plasmana proizvoda u zemlji i u inozemstvu, kao i druge mjere sličnog djelovanja. Mjere koje se donose radi javne sigurnosti i reda, zdravlja stanovništva ili morala, ne smatraju se „manje povoljnijim“ tretmanom u smislu Članka 3.

(2) Уз Члан 3.

(a) Kao „активност“ у смислу Члана 3., став (2), сматра се првенствено, али не и искључиво, управљање, одржавање, употреба, кориштење и располагање инвестицијом. „Мање повољнијим“ третманом у смислу Члана 3. посебно се сматра: различит третман у случају ограничења набавке сировина и помоћних средстава, енергије и горива као и производних и погонских средстава сваке врсте, различит третман у случају ометања у пласману производа у земљи и у иностранству, као и друге мјере сличног дјеловања. Мјере које се доносе из разлога јавне безбједности и реда, здравља становништва или морала, не сматрају се „мање повољним“ третманом у смислу Члана 3.

(b) Odredbe Člana 3. ne obavezuju jednu državu ugovornicu da poreske povlastice i oslobađanja koja se odobravaju prema poreznim zakonima samo inve-

(b) Odredbe Članka 3. ne obavezuju jednu državu ugovornicu da poreske povlastice i oslobađanja koja se odobravaju prema poreznim zakonima samo inve-

(b) Одредбе Члана 3. не обавезују једну државу уговорницу да пореске повластице и ослобађања која се одобравају према порезним

stitorima nastanjenim na njoj teritoriji proširi i na investitore nastanjene na teritoriji druge države ugovornice.

stitorima nastanjenim na njenom teritoriju, proširi i na investitore nastanjene na teritoriju druge države ugovornice.

законима само инвеститорима настањеним на њеној територији прошири и на инвеститоре настањене на територији друге државе уговорнице.

(c) Države ugovornice će u okviru svojih unutrašnjih pravnih propisa susretljivo ispitati zahtjeve za ulazak u zemlju i boravak lica jedne države ugovornice koja u vezi s nekom investicijom želi doputovati na teritoriju druge države ugovornice; isto važi i za radnike jedne države ugovornice koji u vezi s nekom investicijom žele doputovati na teritoriju druge države ugovornice i da tamo borave kako bi radili kao radnici. I zahtjevi za dodjelu radnih dozvola ispituju se susretljivo.

(c) Države ugovornice će u okviru svojih unutarnjih pravnih propisa susretljivo ispitati zahtjeve za ulazak u zemlju i boravak osoba jedne države ugovornice koje u svezi s nekom investicijom žele doputovati na teritorij druge države ugovornice; isto vrijedi i za radnike jedne države ugovornice koji u svezi s nekom investicijom žele doputovati na teritorij druge države ugovornice i tamo boraviti kako bi radili kao radnici. I zahtjevi za dodjelu radnih dozvola ispituju se susretljivo.

(c) Државе уговорнице ће у оквиру својих унутрашњих правних прописа сусретљиво испитати захтјеве за улазак у земљу и боравак лица једне државе уговорнице која у вези с неком инвестицијом жели допутовати на територију друге државе уговорнице; исто важи и за раднике једне државе уговорнице који у вези с неком инвестицијом желе допутовати на територију друге државе уговорнице и да тамо бораве како би радили као радници. И захтјеви за додјелу радних дозвола испитују се сусретљиво.

(3) Uz Član 5.

Član 5. tačka (c), ne odnosi se na komercijalne kredite.

(3) Uz Članak 5.

Članak 5. točka (c), ne odnosi se na komercijalne kredite.

(3) Уз Члан 5.

Члан 5. тачка (с), не односи се на комерцијалне кредите.

(4) Prilikom prijevoza roba i lica koji su u vezi sa investicijom, jedna država ugovornica neće niti isključivati niti spriječavati transportna preduzeća druge države ugovornice, i ukoliko je potrebno dodjeljivat će im koncesije za obavljanje prijevoza ne šteteći odgovarajućim bilateralnim i multilateralnim sporazumima koji obavezuju obje države ugovornice.

(4) Prigodom prijevoza roba i osoba koje su u svezi s investicijom jedna država ugovornica neće niti isključivati niti spriječavati transportna poduzeća druge države ugovornice, i ukoliko je potrebno dodjeljivaće im koncesije za obavljanje prijevoza ne šteteći odgovarajućim bilateralnim i multilateralnim sporazumima koji obvezuju obje države ugovornice.

(4) Приликом пријевоза роба и лица који су у вези са инвестицијом, једна држава уговорница неће нити искључивати нити спрјечавати транспортна предузећа друге државе уговорнице, и уколико је потребно додјелјиваће им концесије за обављање превоза не штетећи одговарајућим билатералним и мултилатералним споразумима који обавезују обје државе уговорнице.

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 6. August 2001
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Marokko
über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Vom 12. März 2004

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Rabat am 6. August 2001 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Marokko über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 12. März 2004

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Arbeit
Wolfgang Clement

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Marokko
über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Traité
entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume du Maroc
relatif à l'encouragement et à la protection mutuels des investissements

Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Königreich Marokko –

La République fédérale d'Allemagne
et
le Royaume du Maroc,

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Investoren des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, dass eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfasst der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, die ein Investor des einen Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats in Übereinstimmung mit dessen Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften anlegt, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie alle sonstigen dinglichen Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte, Rechte auf vorzugsweise Befriedigung, Nießbrauch und ähnliche Rechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und alle anderen Arten von Beteiligungen an Gesellschaften einschließlich Minderheitsbeteiligungen oder indirekte Beteiligungen sowie Schuldverschreibungen und ähnliche Titel einer Gesellschaft;
 - c) Ansprüche auf Geld oder Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben und im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche und vertraglich vereinbarte Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen für natürliche Ressourcen;

désireux d'approfondir la coopération économique entre les deux Etats,

soucieux de créer des conditions favorables aux investissements des investisseurs de l'un des deux Etats sur le territoire de l'autre,

reconnaissant qu'un encouragement et une protection contractuelle de ces investissements sont susceptibles de stimuler l'initiative économique privée et d'augmenter la prospérité des deux peuples,

sont convenus de ce qui suit:

Article 1^{er}

Aux fins du présent Traité:

1. le terme «investissements» comprend toutes les catégories d'actifs, investis par un investisseur d'un Etat contractant sur le territoire de l'autre Etat contractant conformément aux lois et règlements en vigueur de ce dernier Etat contractant, notamment
 - a) la propriété de biens mobiliers et immobiliers ainsi que tous autres droits réels tels qu'hypothèques et droits de gage, privilèges, usufruits et droits analogues;
 - b) les droits de participation à des sociétés et toutes les autres sortes de participation à des sociétés, y compris les participations minoritaires ou indirectes ainsi que les obligations ou autres titres analogues d'une société;
 - c) les créances pécuniaires ou celles relatives à des prestations présentant une valeur économique et qui sont liées à un investissement;
 - d) les droits de propriété intellectuelle, notamment les droits d'auteur, brevets, modèles d'utilité, dessins et modèles industriels, marques, noms commerciaux, informations confidentielles techniques et commerciales, procédés techniques, le savoir-faire et la survaleur;
 - e) les concessions de droit public ou contractuelles, y compris celles relatives à la prospection et l'exploitation de ressources naturelles;

- eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, lässt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage im Sinne dieses Vertrags unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Einkünfte“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder andere laufende Einkünfte;
 3. bezeichnet der Begriff „Investor“
 - a) Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und natürliche Personen marokkanischer Staatsangehörigkeit im Sinne der Rechtsvorschriften des Königreichs Marokko, die eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet des jeweils anderen Vertragsstaats vornehmen,
 - b) jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft mit Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland oder des Königreichs Marokko, die rechtmäßig nach deutschem oder marokkanischem Recht gegründet wurde, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht, und in dem Hoheitsgebiet des jeweils anderen Vertragsstaats eine Kapitalanlage vornimmt;
 4. bezeichnet der Begriff „Hoheitsgebiet“
 - a) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

das Hoheitsgebiet, in dem das Recht der Bundesrepublik Deutschland Anwendung findet und das Hoheitsgebiet, in dem das Völkerrecht der Bundesrepublik Deutschland die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen erlaubt,
 - b) in Bezug auf das Königreich Marokko:

das Hoheitsgebiet des Königreichs Marokko einschließlich jeder außerhalb der Hoheitsgewässer des Königreichs Marokko gelegenen Meereszone, die in den Rechtsvorschriften des Königreichs Marokko in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht als Zone bezeichnet wurde oder noch bezeichnet werden kann, innerhalb deren das Königreich Marokko seine Rechte in Bezug auf den Meeresboden und den Meeresuntergrund sowie auf die natürlichen Ressourcen ausüben kann.

Artikel 2

- (1) Jeder Vertragsstaat wird in seinem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Investoren des anderen Vertragsstaats nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit seinen Rechtsvorschriften zulassen.
- (2) Jeder Vertragsstaat wird in seinem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Investoren des anderen Vertragsstaats in jedem Fall gerecht und billig behandeln und ihnen den vollen Schutz dieses Vertrags gewähren. Einkünfte aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch die Einkünfte daraus genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- (3) Ein Vertragsstaat darf die Verwaltung, die Erhaltung, den Gebrauch, die Nutzung oder die Verfügung über die Kapitalanlagen von Investoren des anderen Vertragsstaats in seinem Hoheitsgebiet nicht durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

- (1) Jeder Vertragsstaat behandelt Kapitalanlagen in seinem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluss von Investoren des anderen Vertragsstaats stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten.
- (2) Jeder Vertragsstaat behandelt Investoren des anderen Vertragsstaats hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang

aucune modification de la forme juridique dans laquelle les actifs ont été investis n'affecte leur caractère d'«investissements» au sens du présent Traité;

2. le terme «revenus» désigne les montants versés pour une période déterminée au titre d'un investissement, tels que les bénéfices, dividendes, intérêts, redevances d'exploitation de licences ou autres revenus courants;
3. le terme «investisseur» désigne
 - a) tout Allemand au sens de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne et toute personne physique ayant la nationalité marocaine en vertu de la législation du Royaume du Maroc effectuant un investissement sur le territoire de l'autre Etat contractant,
 - b) toute personne morale ainsi que toute société de commerce ou autre société, ayant son siège sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne ou du Royaume du Maroc, et constituée conformément à la législation allemande ou marocaine respectivement, indépendamment de la question de savoir si son activité a un but lucratif ou non, et effectuant un investissement sur le territoire de l'autre Etat contractant;
4. le terme «territoire» désigne
 - a) en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne:

le territoire où le droit de la République fédérale d'Allemagne est applicable et le territoire où le droit international permet à la République fédérale d'Allemagne d'exercer des droits souverains ou la juridiction,
 - b) en ce qui concerne le Royaume du Maroc:

le territoire du Royaume du Maroc y compris toute zone maritime située au delà des eaux territoriales du Royaume du Maroc et qui a été ou pourrait être par la suite désignée par la législation du Royaume du Maroc, conformément au droit international, comme étant une zone à l'intérieur de laquelle les droits du Royaume du Maroc relatifs au fond de la mer et au sous-sol marin ainsi qu'aux ressources naturelles, peuvent s'exercer.

Article 2

- (1) Chaque Etat contractant encouragera dans la mesure du possible les investissements des investisseurs de l'autre Etat contractant sur son territoire et admettra ces investissements en conformité avec sa législation.
- (2) Dans chaque cas, chaque Etat contractant traitera les investissements des investisseurs de l'autre Etat contractant de façon juste et équitable et leur accordera la pleine protection prévue par ce Traité. Les revenus de l'investissement et, en cas de réinvestissement, les revenus de leur réinvestissement jouiront de la même protection que l'investissement.
- (3) Aucun des Etats contractants ne devra entraver, moyennant des mesures arbitraires ou discriminatoires, l'administration, le maintien, l'usage, la jouissance ou la disposition des investissements des investisseurs de l'autre Etat contractant sur son territoire.

Article 3

- (1) Aucun des Etats contractants ne soumettra, sur son territoire, les investissements dont des investisseurs de l'autre Etat contractant sont propriétaires ou qui sont soumis à leur influence, à un traitement moins favorable que celui accordé aux investissements de ses propres investisseurs ou de ceux d'Etats tiers.
- (2) Aucun des Etats contractants ne soumettra, sur son territoire, les investisseurs de l'autre Etat contractant, en ce qui con-

mit Kapitalanlagen in seinem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als seine eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die ein Vertragsstaat den Investoren dritter Staaten wegen seiner Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen seiner Assoziierung damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die ein Vertragsstaat den Investoren dritter Staaten aufgrund eines Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung oder sonstiger Übereinkünfte über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Investoren eines Vertragsstaats genießen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Investoren eines Vertragsstaats dürfen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung direkt oder indirekt enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muss dem Marktwert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muss unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muss tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muss in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Investoren eines Vertragsstaats, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von diesem Vertragsstaat hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als seine eigenen Investoren. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Investoren eines Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jeder Vertragsstaat gewährleistet den Investoren des anderen Vertragsstaats den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) derjenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder andere laufende Einkünfte;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen im Sinne von Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe c;
- d) des Erlöses aus der vollständigen oder teilweisen Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

cerne l'activité qu'ils exercent en connexion avec des investissements, à un traitement moins favorable que celui accordé à ses propres investisseurs ou à ceux d'Etats tiers.

(3) Ce traitement ne s'étendra pas aux privilèges consentis par un Etat contractant aux investisseurs d'Etats tiers en raison de son appartenance ou association à une union douanière ou économique, un marché commun ou une zone de libre échange.

(4) Le traitement accordé par le présent article ne s'étendra pas aux avantages accordés par un Etat contractant aux investisseurs d'Etats tiers en vertu d'un accord sur la non-double imposition ou de tout autre arrangement dans le domaine fiscal.

Article 4

(1) Les investissements des investisseurs d'un Etat contractant jouiront sur le territoire de l'autre Etat contractant d'une protection et d'une sécurité intégrales.

(2) Les investissements des investisseurs d'un Etat contractant ne pourront faire l'objet, directement ou indirectement, sur le territoire de l'autre Etat contractant, d'une expropriation, nationalisation ou d'autres mesures dont les effets seraient équivalents à ceux d'une expropriation ou d'une nationalisation, que pour des raisons d'utilité publique et contre indemnisation. L'indemnité devra correspondre à la valeur du marché qu'avait l'investissement exproprié immédiatement avant la date à laquelle l'expropriation, la nationalisation ou la mesure semblable, effectives ou imminentes, ont été rendues publiques. L'indemnité devra être versée sans délai et produire, jusqu'à la date du versement, des intérêts calculés au taux bancaire usuel; elle devra être effectivement réalisable et librement transférable. Au plus tard au moment de l'expropriation, de la nationalisation ou de l'exécution d'une mesure semblable, il devra être pourvu de façon adéquate à la fixation et au versement de l'indemnité. La légalité de l'expropriation, de la nationalisation ou de la mesure semblable et le montant de l'indemnité devront pouvoir être vérifiés par une procédure judiciaire ordinaire.

(3) Les investisseurs d'un Etat contractant, dont les investissements auraient subi des pertes par l'effet d'une guerre ou d'un autre conflit armé, d'une révolution, d'un état d'urgence national ou d'une émeute sur le territoire de l'autre Etat contractant, bénéficieront de la part de ce dernier, en ce qui concerne les restitutions, indemnités, compensations ou autres contreparties, d'un traitement qui ne sera pas moins favorable que celui accordé à ses propres investisseurs. De tels versements devront être librement transférables.

(4) En ce qui concerne les matières réglées par le présent article, les investisseurs de l'un des Etats contractants jouiront sur le territoire de l'autre du traitement de la nation la plus favorisée.

Article 5

Chaque Etat contractant garantira aux investisseurs de l'autre Etat contractant le libre transfert des versements effectués en connexion avec un investissement, notamment

- a) du capital et des montants additionnels destinés au maintien ou à l'augmentation de l'investissement;
- b) des montants versés pour une période déterminée au titre d'un investissement, tels que les bénéfices, dividendes, intérêts, redevances d'exploitation de licences et autres revenus courants;
- c) des versements destinés au remboursement d'emprunts tels qu'ils sont définis à l'article 1, paragraphe 1.c;
- d) des recettes tirées de la liquidation ou de l'aliénation, partielle ou totale, de l'investissement;
- e) des indemnités prévues à l'article 4 du présent Traité.

Artikel 6

Leistet ein Vertragsstaat seinen Investoren Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats, so erkennt dieser andere Vertragsstaat unbeschadet der Rechte des erstgenannten Vertragsstaats aus Artikel 10 die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Investoren kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf den erstgenannten Vertragsstaat an. Ferner erkennt der andere Vertragsstaat den Eintritt des erstgenannten Vertragsstaats in alle diese Rechte oder Ansprüche an, welche der erstgenannte Vertragsstaat in demselben Umfang wie sein Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund dieser Rechte oder Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absätze 2 oder 3, Artikel 5 oder Artikel 6 erfolgen unverzüglich zu dem am Tag des Transfers geltenden amtlichen Wechselkurs.

(2) In Ermangelung eines Devisenmarktes ist – je nachdem, was für den Investor günstiger ist – der letztgültige Kurs für in das Gastland gerichtete Direktinvestitionen oder der letztgültige Kurs für die Umrechnung von Devisen in Sonderziehungsrechte heranzuziehen.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsstaaten bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Investoren des anderen Vertragsstaats eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jeder Vertragsstaat wird jede andere Verpflichtung einhalten, die er in Bezug auf Kapitalanlagen von Investoren des anderen Vertragsstaats in seinem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Angelegenheiten, die sich nach dem Inkrafttreten des Vertrags bei Kapitalanlagen ergeben, die Investoren des einen Vertragsstaats in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats in dessen Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten des Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsstaaten beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen eines der beiden Vertragsstaaten einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsstaaten zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, dass er die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

Article 6

Si un Etat contractant, en vertu d'une garantie donnée pour un investissement sur le territoire de l'autre Etat contractant, effectue des versements à ses propres investisseurs, l'autre Etat contractant, sans préjudice des droits du premier Etat contractant découlant de l'article 10 du présent Traité, reconnaîtra la transmission par l'effet de la loi ou d'un contrat, de tous les droits ou revendications de ces investisseurs au premier Etat contractant. En outre, l'autre Etat contractant reconnaîtra la subrogation en faveur du premier Etat contractant dans tous ces droits et revendications que le premier Etat contractant sera autorisé à exercer dans la même mesure que son prédécesseur. En ce qui concerne le transfert des versements au titre de ces droits ou revendications, les dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 4 ainsi que de l'article 5 du présent Traité seront applicables mutatis mutandis.

Article 7

(1) Les transferts visés aux paragraphes 2 ou 3 de l'article 4, à l'article 5 ou à l'article 6 du présent Traité seront effectués sans délai au taux de change officiellement applicable à la date du transfert.

(2) En l'absence de marché des changes, le taux à utiliser est le taux le plus récent appliqué aux investissements directs destinés au pays d'accueil ou le taux de change le plus récent pour la conversion de devises en droits de tirage spéciaux, le taux à retenir étant celui qui est le plus favorable pour l'investisseur.

Article 8

(1) S'il résulte de la législation d'un Etat contractant ou d'obligations de droit international qui existent actuellement ou seront fondées à l'avenir entre les Etats contractants en dehors du présent Traité, une réglementation générale ou particulière qui accorde aux investissements des investisseurs de l'autre Etat contractant un traitement plus favorable que celui prévu dans le présent Traité, cette réglementation primera le présent Traité dans la mesure où elle est plus favorable.

(2) Chaque Etat contractant respectera tout autre engagement qu'il aura contracté au sujet des investissements, sur son territoire, des investisseurs de l'autre Etat contractant.

Article 9

Le présent Traité sera également applicable aux questions se posant après l'entrée en vigueur du présent Traité en matière d'investissements qui, en conformité avec la législation de l'autre Etat contractant, ont été réalisés par les investisseurs de l'un des Etats contractants sur le territoire de l'autre Etat avant l'entrée en vigueur du présent Traité.

Article 10

(1) Les divergences de vues entre les Etats contractants relatives à l'interprétation ou l'application du présent Traité devraient, autant que possible, être réglées par les Gouvernements des deux Etats contractants.

(2) Si une divergence de vues ne peut être réglée de cette façon, elle sera soumise à un tribunal d'arbitrage sur demande de l'un des deux Etats contractants.

(3) Le tribunal d'arbitrage sera constitué ad hoc; chaque Etat contractant nommera un membre et les deux membres se mettront d'accord pour choisir comme président le ressortissant d'un Etat tiers qui sera nommé par les Gouvernements des deux Etats contractants. Les membres seront nommés dans un délai de deux mois, le président dans un délai de trois mois après que l'un des Etats contractants aura fait savoir à l'autre qu'il désire soumettre la divergence de vues à un tribunal d'arbitrage.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet auf der Grundlage dieses Vertrags sowie der allgemein gültigen Regeln des Völkerrechts. Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitglieds sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im Übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf Kapitalanlagen zwischen einem der Vertragsstaaten und einem Investor des anderen Vertragsstaats sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Investors des anderen Vertragsstaats einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, wird die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(4) Der an der Streitigkeit beteiligte Vertragsstaat wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, dass der Investor des anderen Vertragsstaats eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsstaaten diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

Das beiliegende Protokoll ist Bestandteil dieses Vertrags.

Artikel 14

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht einer der beiden Vertragsstaaten den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt.

(4) Si les délais prévus au paragraphe 3 ne sont pas observés et à défaut d'un autre arrangement, chaque Etat contractant pourra prier le Président de la Cour Internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires. Au cas où le Président serait ressortissant de l'un des deux Etats contractants, ou s'il était empêché pour une autre raison, il appartiendrait au Vice-Président de procéder aux nominations. Si le Vice-Président était, lui aussi, ressortissant de l'un des deux Etats contractants ou s'il était également empêché, c'est au membre de la Cour suivant immédiatement dans la hiérarchie et qui n'est pas ressortissant de l'un des deux Etats contractants qu'il appartiendrait de procéder aux nominations.

(5) Le tribunal d'arbitrage statue sur la base des dispositions du présent Traité et des règles du droit international généralement admis. Le tribunal d'arbitrage statue à la majorité des voix. Ses décisions sont obligatoires. Chaque Etat contractant prendra à sa charge les frais occasionnés par l'activité de son propre arbitre ainsi que les frais de sa représentation dans la procédure devant le tribunal d'arbitrage; les frais du président ainsi que les autres frais seront assumés à parts égales par les deux Etats contractants. Le tribunal d'arbitrage pourra fixer un autre règlement concernant les dépenses. Pour le reste, le tribunal d'arbitrage réglera lui-même sa procédure.

Article 11

(1) Les divergences de vues relatives à des investissements et survenant entre l'un des Etats contractants et un investisseur de l'autre Etat contractant devraient, autant que possible, être réglées à l'amiable entre les parties au différend.

(2) Si la divergence de vues ne peut être réglée dans un délai de six mois à compter de la date à laquelle l'une des deux parties au différend l'aura soulevée, elle sera soumise à une procédure d'arbitrage sur demande de l'investisseur de l'autre Etat contractant. A moins que les parties au différend n'en conviennent autrement, la divergence de vues sera soumise à une procédure d'arbitrage dans le cadre de la Convention pour le Règlement des Différends relatifs aux Investissements entre Etats et Ressortissants d'autres Etats du 18 mars 1965.

(3) La sentence arbitrale sera obligatoire et ne pourra faire l'objet de plaintes ou recours autres que ceux prévus par la Convention susmentionnée. Elle sera exécutée conformément au droit national.

(4) Au cours d'une procédure d'arbitrage ou de l'exécution d'une sentence arbitrale, l'Etat contractant partie au différend ne soulèvera aucune exception tirée du fait que l'investisseur de l'autre Etat contractant a été dédommagé partiellement ou intégralement par une assurance.

Article 12

L'application du présent Traité ne dépend pas de l'existence de relations diplomatiques ou consulaires entre les deux Etats contractants.

Article 13

Le Protocole annexé au présent Traité en fait partie intégrante.

Article 14

(1) Le présent Traité sera ratifié; l'échange des instruments de ratification aura lieu aussi tôt que possible.

(2) Le présent Traité entrera en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification. Il restera en vigueur pendant dix ans et sera prolongé par la suite pour une durée illimitée à moins d'être dénoncé par écrit par l'un des deux Etats contractants sous réserve d'un préavis de douze mois avant son expira-

Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 13 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Artikel 15

Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrags tritt der Vertrag vom 31. August 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Marokko über die Förderung von Kapitalanlagen außer Kraft.

Geschehen zu Rabat am 6. August 2001 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der französische Wortlaut maßgebend.

tion. A l'expiration de la période de dix ans, le présent Traité pourra être dénoncé à tout moment sous réserve d'un préavis de douze mois.

(3) Pour les investissements effectués avant la date d'expiration du présent Traité, les articles 1 à 13 ci-dessus resteront encore applicables pendant quinze ans à partir de la date d'expiration du présent Traité.

Article 15

Dès l'entrée en vigueur du présent Traité, le Traité du 31 août 1961 entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume du Maroc relatif à l'encouragement des investissements de capitaux cessera de produire ses effets.

Fait à Rabat, le 6 août 2001, en double exemplaire en langues allemande, arabe et française, les trois textes faisant foi. En cas de divergence dans l'interprétation du texte allemand et du texte arabe, le texte français prévaudra.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République fédérale d'Allemagne
Hans-Dieter Scheel

Für das Königreich Marokko
Pour le Royaume du Maroc
Fathallah Oualalou

**Protokoll
zum Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Marokko
über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

**Protocole
annexé au Traité
entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume du Maroc
relatif à l'encouragement et la protection mutuels des investissements**

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Marokko über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteil des Vertrags gelten:

1. Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Erhaltung, der Gebrauch, die Nutzung und die Verfügung über eine Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Vertragsstaaten werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen des einen Vertragsstaats, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das Gleiche gilt für Arbeitnehmer des einen Vertragsstaats, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

2. Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines formgerechten Antrags. Sie darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

3. Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird ein Vertragsstaat die Transportunternehmen des anderen Vertragsstaats weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen.

Lors de la signature du Traité entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume du Maroc relatif à l'encouragement et à la protection mutuels des investissements, les plénipotentiaires, dûment autorisés à cet effet, sont convenus, en outre, des dispositions suivantes qui seront considérées comme faisant partie intégrante du Traité:

1. Ad article 3

- a) Seront considérés comme «activités» au sens du paragraphe 2 de l'article 3 notamment, mais pas exclusivement, l'administration, le maintien, l'usage, la jouissance et la disposition d'un investissement. Seront considérées notamment comme «traitements moins favorables» au sens de l'article 3 toute inégalité de traitement en cas de restrictions à l'achat de matières premières et de matières auxiliaires, d'énergie et de combustibles ainsi que de moyens de production et d'exploitation de tout genre, toute inégalité de traitement en cas d'entraves à la vente de produits à l'intérieur du pays et à l'étranger ainsi que toutes autres mesures ayant un effet analogue. Les mesures prises pour des raisons de sécurité, d'ordre et de santé publics ou de moralité ne seront pas considérées comme «traitement moins favorable» au sens de l'article 3.
- b) Les Etats contractants examineront avec bienveillance, dans le cadre de leur législation interne, les demandes d'entrée et d'autorisation de séjour introduites par des personnes relevant de l'un des Etats contractants et qui désirent entrer sur le territoire de l'autre Etat contractant en connexion avec un investissement; il en sera de même pour les travailleurs relevant de l'un des Etats contractants et qui désirent, en connexion avec un investissement, entrer sur le territoire de l'autre Etat contractant et y séjourner en vue d'exercer une activité rémunérée. Les demandes de permis de travail seront également examinées avec bienveillance.

2. Ad article 7

Sera considéré comme effectué «sans délai» au sens du paragraphe 1 de l'article 7, tout transfert qui aura lieu dans le délai normalement nécessaire à l'observation des formalités de transfert. Le délai commencera à courir à la date de l'introduction de la demande remplie en bonne et due forme. Il ne devra en aucun cas dépasser deux mois.

3. En cas de transport de biens ou de personnes en connexion avec un investissement, un Etat contractant n'exclura ni n'entravera les entreprises de transport relevant de l'autre Etat contractant et, en cas de besoin, accordera les autorisations nécessaires aux transports.

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 6. März 2002
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mosambik
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Vom 12. März 2004

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Maputo am 6. März 2002 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mosambik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 12. März 2004

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Arbeit
Wolfgang Clement

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mosambik
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Acordo
entre a República Federal da Alemanha e a República de Moçambique
sobre Promoção e Protecção Recíproca de Investimentos

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Mosambik –

A República Federal da Alemanha
e
A República de Moçambique

in dem Wunsch, die Beziehungen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für die Vornahme von Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer der beiden Staaten im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, dass eine Förderung und ein gegenseitiger vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

sind als Vertragsparteien wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfasst der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, die von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer der Vertragsparteien im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eingebracht und vorgenommen werden, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Beteiligungen an Gesellschaften, insbesondere Anteilsrechte und Aktien;
 - c) Darlehen und andere Arten der Verwendung von Kapital oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, Marken, gewerbliche Muster und Modelle, eingetragene Handelsnamen, Know-how und Goodwill;
 - e) Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnkonzessionen für natürliche Ressourcen;
 eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, lässt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinne, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
 - a) in Bezug auf die Republik Mosambik:
Mosambikaner im Sinne der Verfassung und des Staatsangehörigkeitsgesetzes der Republik Mosambik;
 - b) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;

Animados pelo desejo de intensificar as relações de cooperação económica entre os dois Estados;

Desejando criar condições favoráveis para a realização de investimentos por nacionais ou sociedades de qualquer dos dois Estados no território do outro Estado;

Reconhecendo que a promoção e a protecção recíproca desses investimentos, através de um acordo, poderão contribuir para estimular a iniciativa económica privada e incrementar o bem-estar de ambos os povos;

concordaram entre si, como Partes Contratantes, o seguinte:

Artigo 1

Para os efeitos do presente Acordo

1. O termo “investimentos” compreende toda a espécie de bens aportados e realizados por nacionais ou sociedades de qualquer das Partes Contratantes no território da outra Parte Contratante, nomeadamente:
 - a) a propriedade sobre bens móveis e imóveis, bem como outros direitos reais, tais como hipotecas e penhores;
 - b) as participações em sociedades, em especial, as quotas e acções;
 - c) os empréstimos e outras formas de aplicação de capitais ou direitos a prestações com valor económico;
 - d) os direitos de propriedade intelectual, tais como direitos de autor, patentes, modelos registados, marcas, maquetes e modelos industriais, denominações comerciais registadas, know-how e goodwill;
 - e) as concessões outorgadas, incluindo as concessões de pesquisa, exploração e extracção de recursos naturais.
 A alteração da forma através da qual os bens tiverem sido investidos não afectará a sua qualidade de investimento.
2. O termo „rendimentos“ designa as quantias geradas por um investimento num determinado período, tais como lucros, dividendos, juros, royalties ou outras formas de remuneração.
3. O termo „nacionais“ designa:
 - a) no que respeita à República Federal da Alemanha, qualquer cidadão alemão, tal como se encontra definido na Lei Fundamental da República Federal da Alemanha;
 - b) no que respeita à República de Moçambique, qualquer cidadão moçambicano, nos termos da Constituição e da Lei da Nacionalidade vigentes na República de Moçambique.

4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“

a) in Bezug auf die Republik Mosambik:

jede Kollektivpersönlichkeit mit Rechtspersönlichkeit einschließlich der bürgerlich-rechtlichen Handelsgesellschaften, die ihren Sitz im mosambikanischen Hoheitsgebiet haben, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht;

b) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

jede juristische Person sowie Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. In jedem Fall wird eine gerechte und billige Behandlung dieser Kapitalanlagen sichergestellt und gewährt.

(2) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den im Hoheitsgebiet der jeweiligen Vertragspartei geltenden Rechtsvorschriften genehmigt und von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen worden sind, genießen den vollen Schutz und die Sicherheit dieses Vertrags.

(3) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluss von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziierung damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel vorgesehene Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Ver-

4. O termo „sociedades” designa:

a) em relação à República Federal da Alemanha, toda a pessoa jurídica, bem como toda a sociedade comercial ou outra sociedade ou associação, com ou sem personalidade jurídica, que tenha sede no território da República Federal da Alemanha, independentemente do facto de a sua actividade ter ou não fins lucrativos;

b) em relação à República de Moçambique, toda a pessoa colectiva, com personalidade jurídica, incluindo sociedades civis sob a forma comercial, desde que tenham sede em território moçambicano, independentemente do facto de a sua actividade ter ou não fins lucrativos.

Artigo 2

1. Ambas as Partes Contratantes, na medida do possível, promoverão e permitirão a realização de investimentos de nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante no seu território, de acordo com as respectivas disposições legais vigentes. Em todos os casos será assegurado e concedido a esses investimentos um tratamento justo e equitativo.

2. Os investimentos autorizados em conformidade com as respectivas disposições legais vigentes no território de qualquer das Partes Contratantes e realizados por nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante gozarão de plena protecção e segurança nos termos do presente Acordo.

3. Nenhuma das Partes Contratantes dificultará de forma alguma a administração, utilização e uso ou aproveitamento dos investimentos de nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante, no seu território, através de medidas arbitrárias ou discriminatórias.

Artigo 3

1. Nenhuma das Partes Contratantes dará aos investimentos, realizados no seu território e que sejam propriedade ou que estejam sob a influência de nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante, um tratamento menos favorável do que o concedido aos investimentos dos seus próprios nacionais e sociedades ou aos investimentos de nacionais e sociedades de terceiros Estados.

2. Nenhuma das Partes Contratantes dará aos nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante, no que diz respeito às actividades relacionadas com investimentos realizados no seu território, um tratamento menos favorável do que o que conceder aos seus próprios nacionais e sociedades ou a nacionais e sociedades de terceiros Estados.

3. Este tratamento não se reportará a privilégios que qualquer das Partes Contratantes conceder a nacionais ou sociedades de terceiros Estados em virtude de eles serem membros de alguma união aduaneira ou económica, mercado comum ou zona de comércio livre ou ainda em virtude de a eles estarem associados.

4. O tratamento previsto neste artigo não abrangerá os benefícios que qualquer das Partes Contratantes conceder a nacionais ou sociedades de terceiros Estados em consequência de um eventual acordo para evitar a dupla tributação ou outros acordos sobre matérias fiscais.

Artigo 4

1. Os investimentos realizados por nacionais ou sociedades de qualquer das Partes Contratantes gozarão, no território da outra Parte Contratante, de plena protecção e de plena segurança.

2. Os investimentos realizados por nacionais ou sociedades de qualquer das Partes Contratantes no território da outra Parte Contratante não poderão ser expropriados, nacionalizados ou sujeitos a outras medidas com efeitos equivalentes à expropriação ou nacionalização, excepto com base em motivos de uti-

staatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muss dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muss unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muss tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muss in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine nicht weniger günstige Behandlung als Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer zugelassenen Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge im Sinne von Artikel 1 Absatz 2;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses aus der vollständigen oder teilweisen Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an, welche diese in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absätze 2 oder 3, Artikel 5 oder Artikel 6 erfolgen unverzüglich zu dem am Tag des Transfers jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muss dem Kurs entsprechen, den der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

lidade pública e mediante indemnização. A indemnização deverá corresponder ao valor que o investimento expropriado tinha na véspera da data de conhecimento público da expropriação, nacionalização ou tomada de qualquer outra medida com efeitos equivalentes, consumada ou eminente. A indemnização deverá ser paga sem demora e vencerá juros à taxa bancária usual até à data da sua liquidação. A indemnização deverá ser efectivamente realizável e livremente transferível, devendo ser tomadas as providências adequadas quanto à fixação do valor da indemnização e do seu pagamento, o mais tardar no momento da expropriação, nacionalização ou da tomada de qualquer outra medida com efeitos equivalentes. A legalidade da expropriação, nacionalização ou tomada de qualquer outra medida com efeitos equivalentes, bem como do montante da indemnização, deverão ser comprováveis em processo judicial normal.

3. Os nacionais ou sociedades de qualquer das Partes Contratantes que vierem a sofrer perdas nos seus investimentos, no território da outra Parte Contratante, em virtude de guerra ou outros conflitos armados, revolução, estado de emergência nacional ou sublevação, não receberão dessa Parte Contratante um tratamento menos favorável, em matéria de restituições, compensações, indemnizações ou demais retribuições, do que o que ela conceder aos seus próprios nacionais ou sociedades. Tais pagamentos deverão ser livremente transferíveis.

4. Em relação às matérias reguladas no presente artigo, os nacionais ou sociedades de qualquer das Partes Contratantes não gozarão, no território da outra Parte Contratante, de um tratamento menos favorável que o concedido a nacionais e sociedades de terceiros Estados.

Artigo 5

Ambas as Partes Contratantes garantirão aos nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante a livre transferência de importâncias relacionadas com os respectivos investimentos autorizados, nomeadamente:

- a) do capital e das importâncias adicionais aplicadas para a sua manutenção ou ampliação;
- b) dos rendimentos tais como definidos no número 2 do artigo 1;
- c) dos reembolsos de empréstimos;
- d) do produto resultante da liquidação ou alienação, total ou parcial, do investimento;
- e) das indemnizações previstas nos termos do artigo 4.

Artigo 6

Se alguma das Partes Contratantes efectuar pagamentos a algum seu nacional ou sociedade em virtude de alguma garantia concedida a algum investimento realizado no território da outra Parte Contratante, este, sem prejuízo dos direitos resultantes do artigo 10 para a primeira Parte Contratante, reconhecerá a sub-rogação de todos os direitos do nacional ou sociedade em causa para a primeira Parte Contratante, seja por efeito legal, seja com base em algum acto jurídico, podendo essa primeira Parte Contratante exercê-los na mesma medida em que o fariam o nacional ou sociedade sub-rogado. À transferência de importâncias referentes a pagamentos a realizar em virtude de sub-rogação aplicar-se-ão, analogamente, as disposições dos números 2 e 3 do artigo 4, bem como as do artigo 5.

Artigo 7

1. As transferências que ocorrerem nos termos dos números 2 ou 3 do artigo 4, bem como dos artigos 5 ou 6, realizar-se-ão sem demora à taxa de câmbio em vigor na data da sua efectivação.

2. Esta taxa terá de estar em conformidade com a taxa de câmbio que, na data do pagamento, o Fundo Monetário Internacional tomaria por base para a conversão das respectivas moedas em direitos especiais de saque.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewährt ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in Bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag findet auch Anwendung auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften der einen Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, die vor Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen wurden. Der Vertrag gilt jedoch in keinem Fall für Meinungsverschiedenheiten und Streitfälle, die vor seinem Inkrafttreten entstanden sind.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien in Verhandlungen gütlich beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt. Beide Mitglieder einigen sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann, der für die Ausübung seiner Funktion von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, dass sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er aus einem anderen Grund verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt oder aus einem anderen Grund verhindert ist, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für beide Parteien bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im Übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

Artigo 8

1. Se das disposições legais de qualquer das Partes Contratantes ou das obrigações decorrentes do Direito Internacional em vigor ou que vierem a vigorar futuramente entre as Partes Contratantes, a par do presente Acordo, resultar alguma regulamentação geral ou especial que conceda aos investimentos de nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante um tratamento mais favorável do que o previsto no presente Acordo, tal regulamentação prevalecerá sobre este Acordo na medida em que tal tratamento for mais favorável.

2. Ambas as Partes Contratantes observarão qualquer outro compromisso que tiverem assumido com relação a investimentos realizados por nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante nos seus respectivos territórios.

Artigo 9

O presente Acordo aplicar-se-á também a investimentos que tenham sido realizados por nacionais e sociedades de qualquer das Partes Contratantes no território da outra Parte Contratante antes da entrada em vigor do mesmo. O Acordo, porém, não será válido de forma alguma em casos de divergências e litígios surgidos antes da sua entrada em vigor.

Artigo 10

1. As divergências que surgirem entre as Partes Contratantes sobre a interpretação ou aplicação do presente Acordo serão resolvidas, na medida do possível, pelos Governos das duas Partes Contratantes de forma amigável e por via negociada.

2. Se alguma divergência não puder ser resolvida pela forma referida no número anterior, será submetida a um tribunal arbitral a pedido de qualquer das Partes Contratantes.

3. O tribunal será constituído „ad hoc“, nomeando cada uma das Partes Contratantes um membro. De comum acordo, ambos os membros designarão um nacional de um terceiro Estado como presidente, o qual será nomeado para o exercício de tal função pelos Governos das duas Partes Contratantes. Os membros do tribunal arbitral deverão ser nomeados no prazo de dois meses e o presidente dentro de três meses a contar da data em que alguma das Partes Contratantes tiver comunicado à outra Parte Contratante a decisão de submeter a divergência a um tribunal arbitral.

4. Se os prazos fixados no número 3 não forem observados, cada uma das Partes Contratantes poderá, na falta de qualquer outro acordo, solicitar ao Presidente do Tribunal Internacional de Justiça para proceder às necessárias nomeações. Caso o Presidente tenha a nacionalidade de qualquer das Partes Contratantes ou esteja impedido por qualquer outro motivo de o fazer, caberá ao Vice-Presidente proceder às nomeações. Se o Vice-Presidente também possuir a nacionalidade de uma das Partes Contratantes ou se estiver também impedido por qualquer outro motivo de o fazer, caberá ao membro de Tribunal hierarquicamente seguinte, que não possua a nacionalidade de qualquer das Partes Contratantes ou não esteja impedido por qualquer outro motivo de o fazer, proceder a tais nomeações.

5. O tribunal arbitral decidirá por maioria de votos, sendo as suas decisões vinculativas para ambas as partes. A cada uma das Partes Contratantes caberá suportar as despesas do seu árbitro, bem como da sua representação no processo perante o tribunal; ambas as Partes Contratantes arcarão em partes iguais com as despesas do presidente, bem como as demais despesas incorridas. O tribunal arbitral poderá adoptar disposições diferentes quanto às despesas. De resto, o tribunal arbitral definirá as suas próprias regras processuais.

Artigo 11

1. As divergências que surgirem entre qualquer das Partes Contratantes e o nacional ou sociedade da outra Parte Contratante com relação a investimentos deverão, na medida do possível, ser resolvidos amigavelmente entre as partes litigantes.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, wird die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(4) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, dass der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

Das beigefügte Protokoll ist Bestandteil dieses Vertrags.

Artikel 14

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt fünfzehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von mindestens zwölf Monaten vor Ablauf auf diplomatischem Wege schriftlich kündigt. Nach Ablauf von fünfzehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von mindestens zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 13 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Maputo am 6. März 2002 in zwei Urschriften, jede in deutscher und portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pela República Federal da Alemanha
Zirpel

Für die Republik Mosambik
Pela República de Moçambique
Luisa Dias Diogo

2. Se alguma divergência não puder ser resolvida dentro do prazo de seis meses, contados a partir da data em que uma das partes em litígio tiver dado a conhecer a existência da mesma à outra parte, ela será submetida, a pedido do nacional ou da sociedade da outra Parte Contratante, a um processo arbitral. A menos que as partes em litígio acordem diversamente, a divergência será submetida a um processo arbitral nos termos da Convenção para a resolução de diferendos relativos a investimentos entre Estados e nacionais de outros Estados, de 18 de Março de 1965.

3. A sentença arbitral será vinculativa e não poderá ser objecto de outros recursos e demais acções legais do que os previstos na Convenção referida. Ela será executada em conformidade com o direito nacional.

4. A Parte Contratante implicada no litígio, durante o processo arbitral ou durante a execução da sentença arbitral, não evocará o facto de o nacional ou a sociedade da outra Parte Contratante ter já recebido de alguma seguradora uma indemnização por uma parte do dano ou pela sua totalidade.

Artigo 12

O presente Acordo vigorará independentemente da existência ou não de relações diplomáticas ou consulares entre as Partes Contratantes.

Artigo 13

O Protocolo em anexo constitui parte integrante do presente Acordo.

Artigo 14

1. O presente Acordo carece de ratificação, devendo os instrumentos de ratificação ser trocados o mais brevemente possível.

2. O presente Acordo entrará em vigor um mês após a troca dos instrumentos de ratificação e permanecerá em vigor por quinze anos; após a expiração desse prazo considerar-se-á prorrogado por tempo indefinido, a menos que qualquer das Partes Contratantes o denuncie, por escrito, por via diplomática, com uma antecedência de pelo menos doze meses. Expirado o prazo de quinze anos, o Acordo poderá ser denunciado em qualquer momento mediante um aviso prévio de pelo menos doze meses de antecedência.

3. Para os investimentos realizados até ao momento da expiração do presente Acordo, permanecerão em vigor, por mais um período de quinze anos contados a partir da data da expiração do Acordo, as disposições dos artigos 1 a 13 do presente Acordo.

Celebrado em Maputo, aos 6 dias do mês de Março de 2002 em dois originais, cada um nas línguas alemã e portuguesa, fazendo ambos os textos igualmente fé.

Protokoll

Protocolo

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mosambik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten der beiden Vertragsparteien außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteil des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Das Eigentum und die Rechte an gewerblichen Modellen, Mustern und Betriebsgeheimnissen sowie an technischen Verfahren genießen den gleichen Schutz und die gleiche Sicherheit dieses Vertrags.
- b) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

(2) Zu Artikel 2

Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 sind insbesondere anzusehen: Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Besondere Anreize, die die Regierung der Republik Mosambik ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften mit dem Ziel gewährt, die Gründung und Entwicklung von kleinen und mittelständischen mosambikanischen Unternehmen zu fördern, gelten nicht als Verstoß gegen die in Artikel 3 dieses Vertrags niedergelegte Inländerbehandlung, sofern sie die wirtschaftliche Substanz der Kapitalanlagen oder der Tätigkeiten im Zusammenhang mit Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nicht beeinträchtigen.
- c) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, die gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- d) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet

Por ocasião da assinatura do Acordo de Promoção e Protecção Recíproca de Investimentos entre a República Federal da Alemanha e a República de Moçambique e os signatários plenipotenciários das duas Partes Contratantes acordaram, complementarmente, as seguintes disposições, que constituem parte integrante do referido Acordo:

1. Com referência ao Artigo 1:

- a) a propriedade e os direitos inerentes sobre modelos, maquetes e segredos industriais, bem como processos técnicos, gozarão da mesma protecção e da mesma segurança previstas no Acordo;
- b) os rendimentos do investimento e, no caso do seu reinvestimento, também os rendimentos deste, gozarão da mesma protecção que o próprio investimento.

2. Com referência ao Artigo 2:

O presente Acordo aplicar-se-á também nas áreas da zona económica exclusiva e da plataforma continental, desde que o Direito Internacional permita à Parte Contratante em causa o exercício dos direitos de soberania ou jurisdição nessas áreas.

3. Com referência ao Artigo 3:

- a) Serão considerados em especial, mas não exclusivamente, „actividades“, nos termos do número 2 do artigo 3, a administração, a utilização, o uso e o aproveitamento de algum investimento. Como tratamento „menos favorável“ serão considerados, especialmente e nos termos do artigo 3, as limitações à aquisição de matérias primas e auxiliares, energia e combustíveis, bem como dos meios de produção e exploração de todo o tipo, o impedimento de venda de produtos dentro do país e no estrangeiro, assim como outras medidas com efeitos semelhantes. Não serão consideradas tratamento „menos favorável“, nos termos do artigo 3, as medidas tomadas por razões de segurança e ordem públicas, bem como de saúde pública ou de ordem moral.
- b) Os incentivos especiais que o Governo da República de Moçambique conceder aos seus nacionais ou sociedades com o objectivo de encorajar a formação e o desenvolvimento de pequenas e médias empresas moçambicanas não serão considerados como sendo infracção contra o tratamento nacional, estipulado no artigo 3 deste Acordo, contanto que tal procedimento não prejudique a substância económica dos investimentos ou das actividades relacionadas com os investimentos dos nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante.
- c) As disposições do artigo 3 não obrigam nenhuma das Partes Contratantes a alargar as vantagens, isenções e reduções fiscais, que, segundo a respectiva legislação fiscal, sejam somente concedidas a pessoas físicas e sociedades residentes no seu território a pessoas físicas e sociedades residentes no território da outra Parte Contratante.
- d) No âmbito das suas disposições legais internas, as Partes Contratantes examinarão favoravelmente os requerimentos de entrada e permanência de pessoas de uma das Partes Contratantes que desejaram entrar no território da outra

der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das Gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage eines Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen.

Parte Contratante em conexão com algum investimento; o mesmo valerá para os trabalhadores de alguma das Partes Contratantes, que desejarem entrar e permanecer no território da outra Parte Contratante em conexão com algum investimento e para exercer alguma actividade remunerada. Os requerimentos de autorização de trabalho serão igualmente examinados favoravelmente.

4. Com referência ao artigo 4:

O direito à indemnização também prevalecerá se houver uma intervenção do Estado na empresa em que tiver sido realizado algum investimento de um nacional ou sociedade da outra Parte Contratante que comprometer consideravelmente a substância económica da mesma.

5. Com referência ao artigo 7:

Considerar-se-á que uma transferência foi realizada „sem demora“, nos termos do número 1 do artigo 7, quando se efectuar dentro do prazo normalmente necessário para o cumprimento das respectivas formalidades. O prazo será contado a partir do dia em que o requerimento tiver sido apresentado, não podendo em caso algum exceder o prazo de dois meses.

6. Com referência ao transporte de bens e pessoas em conexão com algum investimento, nenhuma das Partes Contratantes excluirá ou dificultará a utilização de empresas de transporte da outra Parte Contratante, concedendo, quando necessárias, as autorizações para a realização das respectivas operações de transporte.

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen
und beigeordnetem Personal**

Vom 30. Januar 2004

I.

Das Übereinkommen vom 15. Dezember 1994 über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal (BGBl. 1997 II S. 230) ist nach seinem Artikel 27 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Bosnien und Herzegowina	am 10. September 2003
Korea, Demokratische Volksrepublik nach Maßgabe des unter II. abgedruckten Vorbehalts	am 7. November 2003
Libanon	am 25. Oktober 2003
Serbien und Montenegro	am 30. August 2003
Sri Lanka	am 23. Oktober 2003.

II.

Die Demokratische Volksrepublik Korea hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 8. Oktober 2003 nachstehenden Vorbehalt notifiziert:

(Übersetzung)

“The Government of the Democratic People’s Republic of Korea does not consider itself bound by all of paragraph 1 of Article 22 of the Convention on the Safety of United Nations and Associated Personnel.”

„Die Regierung der Demokratischen Volksrepublik Korea betrachtet sich durch Artikel 22 Absatz 1 des Übereinkommens über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal nicht als gebunden.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 21. Juli 2003 (BGBl. II S. 827).

Berlin, den 30. Januar 2004

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel,
von internationaler Bedeutung**

Vom 30. Januar 2004

I.

Das Übereinkommen vom 2. Februar 1971 über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung (BGBl. 1976 II S. 1265) ist in der durch das Protokoll vom 3. Dezember 1982 (BGBl. 1990 II S. 1670) geänderten Fassung nach seinem Artikel 10 Abs. 2 in Verbindung mit Artikel 5 Abs. 3 des Änderungsprotokolls für

Äquatorialguinea	am	2. Oktober 2003
Aserbaidshän	am	21. September 2001
Burundi	am	5. Oktober 2002
Dominikanische Republik	am	15. September 2002
Dschibuti	am	22. März 2003
Kirgisistan	am	12. März 2003
Kuba	am	12. August 2001
Liberia	am	2. November 2003
Nigeria	am	2. Februar 2001
Palau	am	18. Februar 2003
St. Lucia	am	19. Juni 2002
Usbekistan	am	8. Februar 2002
Zypern	am	11. November 2001

in Kraft getreten.

II.

Die Änderungen von 1987 des vorgenannten Übereinkommens (BGBl. 1995 II S. 218) sind nach seinem Artikel 10^{bis} Abs. 6 für

Äquatorialguinea	am	2. Oktober 2003
Aserbaidshän	am	21. September 2001
Palau	am	18. Februar 2003
St. Lucia	am	19. Juni 2002
Usbekistan	am	8. Februar 2002

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 8. Dezember 1999 (BGBl. 2000 II S. 24).

Berlin, den 30. Januar 2004

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Wiener Übereinkommens zum Schutz der Ozonschicht**

Vom 30. Januar 2004

Das Übereinkommen vom 22. März 1985 zum Schutz der Ozonschicht (BGBl. 1988 II S. 901) wird nach seinem Artikel 17 Abs. 3 für

Cookinseln	am 21. März 2004
Niue	am 21. März 2004

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 9. Dezember 2002 (BGBl. 2003 II S. 59).

Berlin, den 30. Januar 2004

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens
zum Schutz des archäologischen Erbes**

Vom 30. Januar 2004

Das Europäische Übereinkommen vom 16. Januar 1992 zum Schutz des archäologischen Erbes (BGBl. 2002 II S. 2709) ist nach seinem Artikel 14 Abs. 5 für

Lettland	am 30. Januar 2004
----------	--------------------

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 4. März 2003 (BGBl. II S. 309).

Berlin, den 30. Januar 2004

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
des deutsch-jemenitischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 3. Februar 2004

Das in Sanaa am 13. Dezember 2003 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Jemen über Finanzielle Zusammenarbeit 2003 ist nach seinem Artikel 5

am 13. Dezember 2003

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 3. Februar 2004

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Michael Hofmann

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Jemen
über Finanzielle Zusammenarbeit 2003**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Jemen –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Jemen,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Jemen beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll der Regierungsverhandlungen vom 19. März 2003 sowie die Verbalnote vom 26. Mai 2003 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Jemen und anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, Finanzierungsbeiträge in Höhe von insgesamt 23 500 000,- EUR (in Worten: dreiundzwanzig Millionen fünfhunderttausend Euro) zu erhalten für die Vorhaben

1. „Kooperationsvorhaben-Abwasserentsorgung Zabid“ bis zu 6 000 000,- EUR (in Worten: sechs Millionen Euro),
2. „Abwasser Aden“ bis zu 2 000 000,- EUR (in Worten: zwei Millionen Euro),
3. „Kooperationsvorhaben-Wasserverlustreduzierungs- und Abwasserentsorgungsprogramm Provinzstädte, Programm II, Phase I“ bis zu 10 000 000,- EUR (in Worten: zehn Millionen Euro),
4. „Social Fund for Development“ bis zu 4 000 000,- EUR (in Worten: vier Millionen Euro),
5. „Studien- und Fachkräftefonds Armutsbekämpfung“ bis zu 1 500 000,- EUR (in Worten: eine Million fünfhunderttausend Euro),

wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieser Vorhaben festgestellt worden ist.

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Jemen durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Jemen zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1 bis 5 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von 8 Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet diese Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2011.

(2) Die Regierung der Republik Jemen, soweit sie nicht selbst Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Jemen stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in Jemen erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Jemen überlässt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Sanaa am 13. Dezember 2003 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Frank Mann

Für die Regierung der Republik Jemen
Dr. Ahmed Mohamed Sofan

**Bekanntmachung
zu dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes**

Vom 5. Februar 2004

Liechtenstein hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 10. Dezember 2003 mit Wirkung vom selben Tage mit nachstehender Erklärung die Teilrücknahme seines bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde angebrachten Vorbehalts zu Artikel 10 des Übereinkommens vom 20. November 1989 über die Rechte des Kindes (BGBl. 1992 II S. 121) notifiziert (vgl. die Bekanntmachung vom 1. September 1997, BGBl. II S. 2032):

(Übersetzung)

“The Principality of Liechtenstein partially withdraws its reservation concerning article 10 of the Convention as contained in the annex of the instrument of accession of 18 December 1995, namely with regard to paragraph 2 of the article guaranteeing the right of the child to maintain personal relations and direct contacts with both parents.”

„Das Fürstentum Liechtenstein zieht seinen in der Anlage zur Beitrittsurkunde vom 18. Dezember 1995 enthaltenen Vorbehalt zu Artikel 10 des Übereinkommens teilweise zurück, und zwar in Bezug auf Absatz 2, der dem Kind das Recht garantiert, persönliche Beziehungen und unmittelbare Kontakte zu beiden Elternteilen zu pflegen.“

Ferner hat die Schweiz dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 12. Januar 2004 mit Wirkung vom selben Tage die Rücknahme seines bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde angebrachten Vorbehalts zu Artikel 40 Abs. 2 Buchstabe b Ziffer vi des Übereinkommens notifiziert (vgl. die Bekanntmachung vom 1. September 1997, BGBl. II S. 2032).

Ferner hat Slowenien dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 19. Januar 2004 mit Wirkung vom selben Tage die Rücknahme seines bei Notifikation der Rechtsnachfolge angebrachten Vorbehalts zu Artikel 9 Abs. 1 des Übereinkommens notifiziert (vgl. die Bekanntmachung vom 10. Juli 1992, BGBl. II S. 990).

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 16. Oktober 2003 (BGBl. II S. 1656).

Berlin, den 5. Februar 2004

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Berner Übereinkunft
zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst**

Vom 5. Februar 2004

Die Berner Übereinkunft vom 9. September 1886 zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst in der in Paris am 24. Juli 1971 beschlossenen Fassung (BGBl. 1973 II S. 1069; 1985 II S. 81) wird nach ihrem Artikel 29 Abs. 2 Buchstabe a für

Saudi-Arabien am 11. März 2004
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 17. November 2003 (BGBl. II S. 2006).

Berlin, den 5. Februar 2004

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Zollabkommens
über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge**

Vom 5. Februar 2004

Das Zollabkommen vom 4. Juni 1954 über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge (BGBl. 1956 II S. 1886, 1949) ist nach seinem Artikel 35 Abs. 2 für

Sudan am 14. Januar 2004
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 17. Oktober 2003 (BGBl. II S. 1658).

Berlin, den 5. Februar 2004

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Zweiten Fakultativprotokolls zu dem Internationalen Pakt
über bürgerliche und politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe**

Vom 9. Februar 2004

Das Zweite Fakultativprotokoll vom 15. Dezember 1989 zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe (BGBl. 1992 II S. 390) wird nach seinem Artikel 8 Abs. 2 für folgenden weiteren Staat in Kraft treten:

Estland am 30. April 2004.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 15. Dezember 2003 (BGBl. 2004 II S. 72).

Berlin, den 9. Februar 2004

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens
über die Gemeinschaftsproduktion von Kinofilmen**

Vom 9. Februar 2004

Das Europäische Übereinkommen vom 2. Oktober 1992 über die Gemeinschaftsproduktion von Kinofilmen (BGBl. 1994 II S. 3566) wird nach seinem Artikel 17 Abs. 2 für

Slowenien am 1. März 2004
nach Maßgabe der nachstehend benannten zuständigen Behörde nach
Artikel 5 Abs. 5

in Kraft treten:

„Slovenian Film Fund
Miklošičeva 38
1000 Ljubljana
Slovenia“.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 19. August 2003 (BGBl. II S. 1474).

Berlin, den 9. Februar 2004

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Chemiewaffenübereinkommens**

Vom 9. Februar 2004

Das Übereinkommen vom 13. Januar 1993 über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen (BGBl. 1994 II S. 806) ist nach seinem Artikel XXI Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Belize	am 31. Dezember 2003
Kap Verde	am 9. November 2003
Kirgisistan	am 29. Oktober 2003
Libysch-Arabische Dschamahiriya	am 5. Februar 2004.

Es wird ferner für

Tuvalu	am 18. Februar 2004
--------	---------------------

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 10. Oktober 2003 (BGBl. II S. 1568).

Berlin, den 9. Februar 2004

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
des deutsch-tadschikischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 10. Februar 2004

Das in Duschanbe am 19. Dezember 2003 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Tadschikistan über Finanzielle Zusammenarbeit 2003 ist nach seinem Artikel 6

am 19. Dezember 2003

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 10. Februar 2004

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Ursula Schäfer-Preuss

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Tadschikistan über Finanzielle Zusammenarbeit 2003

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Tadschikistan –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Tadschikistan,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Tadschikistan beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll der Regierungsverhandlungen vom 22. bis 23. Juli 2003 in Bonn –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, eine Beteiligung am Eigenkapital zum Aufbau einer Mikrofinanzbank („Erste Mikrofinanzbank Tadschikistans“) zu erwerben, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieses Vorhabens festgestellt worden ist.

Hierfür stellt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Kreditanstalt für Wiederaufbau einen Betrag bis zu 1 000 000 EUR (in Worten: eine Million Euro) zur Verfügung.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Tadschikistan oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, folgende Beträge zu erhalten:

1. Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des folgenden unter Absatz 1 genannten Vorhabens
„Aufbau einer Mikrofinanzbank“ bis zu 1 500 000 EUR (in Worten: eine Million fünfhunderttausend Euro),
2. Finanzierungsbeiträge bis zu insgesamt 2 500 000 EUR (in Worten: zwei Millionen fünfhunderttausend Euro) für die Vorhaben
 - a) „Aufbau einer Mikrofinanzbank“ zur Einrichtung einer Kreditlinie bis zu 1 500 000 EUR (in Worten: eine Million fünfhunderttausend Euro),
 - b) „Gemeindefonds zur Förderung der Grundbildung und Wiederaufbau der kommunalen Infrastruktur“ bis zu 1 000 000 EUR (in Worten: eine Million Euro),

wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, dass sie als Vorhaben der sozialen

Infrastruktur oder als selbsthilfeorientierte Maßnahmen zur Armutsbekämpfung dienen und die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllen.

(3) Die in Absatz 1 genannte Beteiligung der Kreditanstalt für Wiederaufbau wird nach Maßgabe der mit der tadschikischen Mikrofinanzbank und ihren Anteilseignern noch zu schließenden Finanzierungs- und Gesellschaftsverträge bewirkt.

(4) Die Regierung der Republik Tadschikistan garantiert hinsichtlich der in Absatz 1 genannten Beteiligung die freie Einfuhr aller ausländischen Zahlungsmittel im Zusammenhang mit dem Beteiligungserwerb sowie den freien Transfer von anfallenden Erträgen und des Veräußerungs- oder Liquidationserlöses.

(5) Die Regierung der Republik Tadschikistan verpflichtet sich im eigenen Namen und für die tadschikische Nationalbank, der tadschikischen Mikrofinanzbank bei der Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau keine Hindernisse in den Weg zu legen.

In gleicher Weise werden die Regierung der Republik Tadschikistan und die Nationalbank von Tadschikistan der Zahlung eines Veräußerungs- oder Liquidationserlöses an die Kreditanstalt für Wiederaufbau durch einen Erwerb der in Absatz 1 genannten Beteiligung keine Hindernisse in den Weg legen.

(6) Die Regierung der Republik Tadschikistan erteilt auf Antrag für die in Absatz 1 genannte Beteiligung der Kreditanstalt für Wiederaufbau den „genehmigten Status“ nach den in der Republik Tadschikistan geltenden Gesetzen.

(7) Kann bei einem der in Absatz 2 Nummer 2 bezeichneten Vorhaben die dort genannte Bestätigung nicht erfolgen, so ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Tadschikistan, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau für dieses Vorhaben bis zur Höhe des vorgesehenen Finanzierungsbeitrags ein Darlehen zu erhalten.

(8) Die in Absatz 2 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Tadschikistan durch andere Vorhaben ersetzt werden. Wird ein in Absatz 2 Nummer 2 bezeichnetes Vorhaben durch ein Vorhaben ersetzt, das als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als selbsthilfeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung oder als Maßnahme, die der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen dient, die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt, so kann ein Finanzierungsbeitrag, anderenfalls ein Darlehen gewährt werden.

(9) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Tadschikistan zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 und 2 genannten Vorhaben oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 und 2 genannten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(10) Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen nach Absatz 2 Nummer 1 und Absatz 9 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 Absatz 2 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 und Absatz 2 Nummern 1 bis 2 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von 8 Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2011.

(2) Die Regierung der Republik Tadschikistan, soweit sie nicht Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau garantieren.

Artikel 3

(1) Die Regierung der Republik Tadschikistan stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Erwerb, der Veräußerung oder Liqui-

dation der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beteiligung sowie mit deren Erträgen in der Republik Tadschikistan erhoben werden.

(2) Die Regierung der Republik Tadschikistan stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik Tadschikistan erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Tadschikistan überlässt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Erhöht sich die in Artikel 1 Absatz 1 genannte Beteiligung durch die Ausgabe von weiteren Geschäftsanteilen, so gelten die von der Regierung der Republik Tadschikistan in Artikel 1 und 3 übernommenen Garantien und Zusagen auch für die erhöhte Beteiligung.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Duschanbe am 19. Dezember 2003 in zwei Urschriften, jede in deutscher und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Löschner

Für die Regierung der Republik Tadschikistan
Talbak Nasarow

**Bekanntmachung
von Änderungen der Statuten der „Eurofima“
Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial**

Vom 10. Februar 2004

Die Außerordentliche Generalversammlung der „Eurofima“ Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial hat am 12. Dezember 2003 in Übereinstimmung mit Artikel 2 des Abkommens vom 20. Oktober 1955 über die Gründung der „Eurofima“ (BGBl. 1956 II S. 907) mit Zustimmung des Sitzstaates beschlossen, Artikel 5 ihrer Statuten zu ändern.

Artikel 5 erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 5

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 2 600 000 000 Schweizer Franken. Es ist eingeteilt in 260 000 Aktien mit einem Nennwert von 10 000 Schweizer Franken.

Die Aktien sind nach Vornahme der siebten Kapitalerhöhung (1997) und nach Abtretung von Aktien (2003) wie folgt verteilt:

63 310 Aktien	Deutsche Bahn AG
63 310 Aktien	Nationalgesellschaft der Französischen Eisenbahnen
35 100 Aktien	Ferrovie dello Stato S.p.A.
25 480 Aktien	Nationalgesellschaft der Belgischen Eisenbahnen
15 080 Aktien	Niederländische Eisenbahnen AG
13 572 Aktien	Nationalverwaltung der Spanischen Eisenbahnen
13 000 Aktien	Schweizerische Bundesbahnen SBB
5 980 Aktien	Gemeinschaft der Jugoslawischen Eisenbahnen

5 200 Aktien	Schwedische Staatsbahnen
5 200 Aktien	Nationalgesellschaft der Luxemburgischen Eisenbahnen
5 200 Aktien	Österreichische Bundesbahnen
2 600 Aktien	Portugiesische Eisenbahnen
1 300 Aktien	Eisenbahngesellschaft AG (ŽSSK)
1 300 Aktien	Tschechische Bahnen AG
1 300 Aktien	Ungarische Staatseisenbahnen AG (MÁV)
520 Aktien	Griechische Staatsbahnen
520 Aktien	Kroatische Eisenbahnen
520 Aktien	Holding Slowenische Bahnen GmbH
520 Aktien	Eisenbahnen von Bosnien-Herzegowina
520 Aktien	Bulgarische Staatsbahnen BDZ AG
260 Aktien	Bahnen der ehemaligen Jugoslawischen Republik von Mazedonien
104 Aktien	Staatseisenbahnen der Türkischen Republik
52 Aktien	Dänische Staatsbahnen
52 Aktien	Norwegische Staatsbahnen“.

Die Außerordentliche Generalversammlung der „Eurofima“ hat am 12. Dezember 2003 die Rechtsgültigkeit der Ergänzungen der Statuten der „Eurofima“ festgestellt, die damit am 12. Dezember 2003 in Kraft getreten sind.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 7. Mai 2003 (BGBl. II S. 537).

Berlin, den 10. Februar 2004

Bundesministerium
für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Im Auftrag
Holst

**Bekanntmachung
des deutsch-ägyptischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit 2003**

Vom 10. Februar 2004

Das in Kairo am 8. Dezember 2003 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Arabischen Republik Ägypten über Finanzielle Zusammenarbeit 2003 wird nachstehend veröffentlicht.

Die Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens erfolgt, sobald die Voraussetzungen nach seinem Artikel 6 erfüllt sind.

Bonn, den 10. Februar 2004

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Michael Hofmann

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Arabischen Republik Ägypten über Finanzielle Zusammenarbeit 2003

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Arabischen Republik Ägypten –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Arabischen Republik Ägypten,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Arabischen Republik Ägypten beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Regierungsverhandlungen vom 8. bis 9. April 2003 und die Regierungskonsultationen vom 3. bis 4. Dezember 2003 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Arabischen Republik Ägypten, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, folgende Beträge zu erhalten:

1. Darlehen im Wert von bis zu insgesamt 41 500 000,- EUR (in Worten: einundvierzig Millionen fünfhunderttausend Euro) für die Vorhaben:
 - a) „Verbesserung des Bewässerungssystems I b“ im Wert von bis zu insgesamt 16 000 000,- EUR (in Worten: sechzehn Millionen Euro),
 - b) „Windpark Zafarana, Phase IV“ im Wert von bis zu insgesamt 17 000 000,- EUR (in Worten: siebzehn Millionen Euro),
 - c) „Umweltmaßnahmen Kraftwerke II“ im Wert von bis zu insgesamt 8 500 000,- EUR (in Worten: acht Millionen fünfhunderttausend Euro),

wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

Die der Regierung der Arabischen Republik Ägypten von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland gewährten Konditionen lauten für das unter Buchstabe a aufgeführte Darlehen:

- 30 Jahre Laufzeit (davon 10 Jahre tilgungsfrei),
- 2,00 vom Hundert Zinsen

und für die unter Buchstaben b und c aufgeführten Darlehen:

- 40 Jahre Laufzeit (davon 10 Jahre tilgungsfrei),
- 0,75 vom Hundert Zinsen;

2. Finanzierungsbeiträge im Wert von bis zu insgesamt 12 500 000,- EUR (in Worten: zwölf Millionen fünfhunderttausend Euro) für die Vorhaben:

- a) „Kreditprogramm informeller Sektor“ im Wert von bis zu insgesamt 5 000 000,- EUR (in Worten: fünf Millionen Euro),
- b) „Beteiligungsorientierte Stadtteilentwicklung Boulaq el Dakrou“ im Wert von bis zu insgesamt 5 000 000,- EUR (in Worten: fünf Millionen Euro),
- c) „Förderung lokaler Initiativen“ im Wert von bis zu insgesamt 2 500 000,- EUR (in Worten: zwei Millionen fünfhunderttausend Euro),

wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, dass sie als Vorhaben des Umweltschutzes beziehungsweise der sozialen Infrastruktur beziehungsweise als selbsthilfeeorientierte Maßnahmen zur Armutsbekämpfung die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrages erfüllen;

3. einen Finanzierungsbeitrag im Wert von bis zu insgesamt 3 000 000,- EUR (in Worten: drei Millionen Euro) für den Studien- und Fachkräftefonds X.

(2) Kann bei einem der in Absatz 1 Nummer 2 bezeichneten Vorhaben die dort genannte Bestätigung nicht erfolgen, ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Arabischen Republik Ägypten, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für diese Vorhaben ein Darlehen bis zur Höhe des vorgesehenen Finanzierungsbeitrages zu erhalten.

(3) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist grundsätzlich bereit, zusätzlich zu den in Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben b und c genannten Beträgen im Rahmen der in der Bundesrepublik Deutschland bestehenden innerstaatlichen Richtlinien und bei Vorliegen der übrigen Deckungsvoraussetzungen Bürgschaften von bis zu insgesamt 46 750 000,- EUR (in Worten: sechsundvierzig Millionen siebenhundertfünfzigtausend Euro) zur Ermöglichung von Verbundkrediten der Finanziellen Zusammenarbeit durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für die in Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben b und c genannten Vorhaben zu übernehmen. Die Bürgschaften teilen sich wie folgt auf:

- für das Vorhaben nach Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b bis zu insgesamt 37 450 000,- EUR (in Worten: siebenunddreißig Millionen vierhundertfünfzigtausend Euro),
- für das Vorhaben nach Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe c bis zu insgesamt 9 300 000,- EUR (in Worten: neun Millionen dreihunderttausend Euro).

(4) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Arabischen Republik Ägypten durch andere Vorhaben ersetzt werden. Wird ein in Absatz 1 Nummer 2 bezeichnetes Vorhaben durch ein Vorhaben ersetzt, das als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als Maßnahme, die der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen dient oder als eine selbsthilfeeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrages erfüllt, so kann ein Finanzierungsbeitrag, anderenfalls ein Darlehen gewährt werden.

(5) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Arabischen Republik Ägypten zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(6) Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen nach Absatz 1, Nummer 3 und nach Absatz 5 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

Artikel 2

Die Verwendung der in Artikel 1 und 5 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern der Darlehen beziehungsweise Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen. Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 Nummern 1 bis 3 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehens- beziehungsweise Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2011.

Artikel 3

Die Regierung der Arabischen Republik Ägypten stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Arabischen Republik Ägypten erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Arabischen Republik Ägypten überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutsch-

land ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

(1) Das im Abkommen vom 7. August 1987 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Arabischen Republik Ägypten über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Sektorprogramm Landwirtschaft“ vorgesehene und im Abkommen vom 19. November 1990 für das Vorhaben „Ersatzteile für die Generalüberholung und weitere Wartung von Thyssen-Henschel-Lokomotiven“ reprogrammierte Darlehen wird in Höhe von bis zu insgesamt 1 500 000,- EUR (in Worten: eine Million fünfhunderttausend Euro) reprogrammiert und als Finanzierungsbeitrag in Höhe von bis zu insgesamt 300 000,- EUR (in Worten: dreihunderttausend Euro) für die Aufstockung der Begleitmaßnahme für die „Umweltfazilität Staatsindustrie“, als Darlehen in Höhe von bis zu insgesamt 800 000,- EUR (in Worten: achthunderttausend Euro) für das Vorhaben „Umweltmaßnahmen Kraftwerke II“ sowie als Finanzierungsbeitrag in Höhe von bis zu insgesamt 400 000,- EUR (in Worten: vierhunderttausend Euro) für die Begleitmaßnahme des Vorhabens „Verbesserung der Dränagewartung“ zur Verfügung gestellt, wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt ist.

(2) Das im Abkommen vom 6. November 1991 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Arabischen Republik Ägypten über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Instandsetzung der Baharia-Eisenbahnlinie der ägyptischen Eisenbahn, Phase II“ vorgesehene Darlehen wird in Höhe von 1 400 000,- EUR (in Worten: eine Million vierhunderttausend Euro) reprogrammiert und als Finanzierungsbeitrag für die Begleitmaßnahme des Vorhabens „Verbesserung der Dränagewartung“ zur Verfügung gestellt, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Arabischen Republik Ägypten der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitgeteilt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der Mitteilung.

Geschehen zu Kairo am 8. Dezember 2003 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Martin Kobler
Matthias Weiter

Für die Regierung der Arabischen Republik Ägypten
Faiza Aboul El Naga

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens
über konsularische Beziehungen**

Vom 11. Februar 2004

Das Wiener Übereinkommen vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen (BGBl. 1969 II S. 1585) wird nach seinem Artikel 77 Abs. 2 für folgenden weiteren Staat in Kraft treten:

Timor-Leste

am 29. Februar 2004.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 17. April 2001 (BGBl. II S. 505).

Berlin, den 11. Februar 2004

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christoph Müller

**Bekanntmachung
des deutsch-mosambikanischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 11. Februar 2004

Das in Maputo am 30. Dezember 2003 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Mosambik über Finanzielle Zusammenarbeit (Jahr 2003) ist nach seinem Artikel 5

am 30. Dezember 2003

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 11. Februar 2004

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Michael Hofmann

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Mosambik über Finanzielle Zusammenarbeit Jahr 2003

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Mosambik –

im Geist der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mosambik,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Mosambik beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll der Regierungsverhandlungen vom 25. Juli 2003 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Mosambik, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, Finanzierungsbeiträge in Höhe von insgesamt 31 700 000,00 EUR (in Worten: einunddreißig Millionen siebenhunderttausend Euro) für die nachfolgend genannten Vorhaben zu erhalten

- a) „Unterstützung des Erziehungssektor-Strategieprogramms - ESSP“ bis zu 13 700 000,00 EUR (in Worten: dreizehn Millionen siebenhunderttausend Euro);
- b) „Straßenbau- und -unterhaltungsprogramm Inhambane“ bis zu 5 000 000,00 EUR (in Worten: fünf Millionen Euro);
- c) „Dezentrale Finanzierung von Infrastruktur“ bis zu 4 000 000,00 EUR (in Worten: vier Millionen Euro);
- d) „Refinanzierungsfonds für Mikrofinanzinstitutionen (GAPI)“ bis zu 1 500 000,00 EUR (in Worten: eine Million fünfhunderttausend Euro);
- e) „Makroökonomische Unterstützung“ bis zu 7 000 000,00 EUR (in Worten: sieben Millionen Euro);

- f) „Makroökonomische Unterstützung – Begleitmaßnahme“ bis zu 500 000,00 EUR (in Worten: fünfhunderttausend Euro),

wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit des Vorhabens festgestellt worden ist.

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Mosambik durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Mosambik zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen. Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstaben a bis f genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von 8 Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet diese Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2011.

(2) Die Regierung der Republik Mosambik, soweit sie nicht selbst Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Mosambik übernimmt sämtliche Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben, die im Zusammenhang mit dem Abschluss und der Abwicklung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik Mosambik erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Mosambik überlässt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundes-

republik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Maputo am 30. Dezember 2003 in zwei Urschriften, jede in deutscher und in portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Ulf-D. Klemm

Für die Regierung der Republik Mosambik
Frances Rodrigues

**Bekanntmachung
über das Außerkrafttreten
des deutsch-polnischen Abkommens über die Entwicklung
der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit**

Vom 12. Februar 2004

Das in Bonn am 1. November 1974 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit (BGBl. 1975 II S. 618), dessen Gültigkeitsdauer durch die Vereinbarung vom 22. März 1985 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit (BGBl. 1985 II S. 669) um zehn Jahre verlängert wurde, ist nach Artikel 3 der Verlängerungsvereinbarung

am 15. Januar 1995

außer Kraft getreten.

Berlin, den 12. Februar 2004

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christoph Müller

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über den physischen Schutz von Kernmaterial**

Vom 16. Februar 2004

Das Übereinkommen vom 26. Oktober 1979 über den physischen Schutz von Kernmaterial (BGBl. 1990 II S. 326) ist nach seinem Artikel 19 Abs. 2 für

Äquatorialguinea am 24. Dezember 2003

Uganda am 10. Januar 2004

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 23. Dezember 2003 (BGBl. 2004 II S. 98).

Berlin, den 16. Februar 2004

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christoph Müller

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens gegen Doping**

Vom 16. Februar 2004

Das Übereinkommen vom 16. November 1989 gegen Doping (BGBl. 1994 II S. 334; 2002 II S. 128; 2003 II S. 311) ist nach seinem Artikel 15 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Aserbaidshjan am 1. Januar 2004

Monaco am 1. Januar 2004.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 21. Juli 2003 (BGBl. II S. 745).

Berlin, den 16. Februar 2004

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. – Druck: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-0, Telefax: (02 21) 9 76 68-3 36

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2002 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. (Kto.-Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 6,65 € (5,60 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 7,25 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Europäischen Übereinkommens über die an Verfahren vor dem
Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte teilnehmenden Personen**

Vom 17. Februar 2004

Das Vereinigte Königreich hat dem Generalsekretär des Europarats am 2. Oktober 2003 mit Wirkung vom 1. Dezember 2003 die Erstreckung des Europäischen Übereinkommens vom 5. März 1996 über die an Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte teilnehmenden Personen (BGBl. 2001 II S. 358) nach Artikel 9 Abs. 1 des Übereinkommens auf die Insel Man, deren internationale Beziehungen das Vereinigte Königreich wahrnimmt, notifiziert.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 20. August 2003 (BGBl. II S. 1479).

Berlin, den 17. Februar 2004

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christoph Müller